

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- und Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Gold und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 0,70 Goldmark, Restspalten 1.- Goldmark. „Klein Anzeigen“ das fertige Druckbild 0,30 Goldmark (außer zwei fertige Drucke Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Zeiler gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295
Verlag: Donhoff 2506-2507

Dienstag, den 16. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Treppenstraße 3

Die Reichsregierung zurückgetreten... und mit Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Amlich wird gemeldet:

Der Reichskanzler Marx überbrachte gestern nachmittags 4.30 Uhr dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Reichskabinetts. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte aber gleichzeitig den Reichskanzler Marx und die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

Die Regierung Marx ist gestern formell zurückgetreten. Selten ist der Rücktritt einer Regierung weniger dramatisch, aber auch weniger unter dem Druck zwingender politischer Notwendigkeiten erfolgt. Die Regierung Marx hat den Reichstag aufgelöst, um eine sichere Parlamentsmehrheit für ihre Außenpolitik zu gewinnen. Sie wollte Gewissheit darüber schaffen, daß die bisherige Außenpolitik weitergeführt werden könnte, nachdem die Erfolge dieser Politik heranzureifen begannen. Mit der Fortführung der bisherigen Außenpolitik sind große Lebensfragen des Volkes untrennbar verknüpft: die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft im größtmöglichen Maßstabe, mit allen Auswirkungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, die politische und wirtschaftliche Zukunft der besetzten Gebiete, das Schicksal der neuen deutschen Währung. Ueber diese Fragen hat die Regierung Marx im Wahlkampf die Entscheidung des Volkes angerufen. Das Ergebnis der Wahl ist, daß die parlamentarische Grundlage für die bisherige Außenpolitik beträchtlich breiter ist denn zuvor. Die Regierung Marx hat einen sachlichen Erfolg davongetragen. Trotzdem tritt sie zurück. Sie geht nicht vor den Reichstag, um zu erproben, ob sie für ihre sachlichen Ziele eine Mehrheit findet.

Es ist nicht die innere Logik des Wahlergebnisses, die den Rücktritt der Regierung erzwingen hat, sondern die innere Uneinigkeit der Regierung selbst. Für das Zentrum stand die Außenpolitik im Vordergrund der Erwägungen, für die Deutsche Volkspartei traten die außenpolitischen Erwägungen hinter den starken wirtschaftspolitischen Interessen zurück, die sie an die Seite der Deutschnationalen zogen. Daraus ergab sich die Differenz zwischen Zentrum und Volkspartei in der Regierungsfrage. Das Ziel des Zentrums war die Aufrechterhaltung der bisherigen Grundlage der Regierung zur Sicherung des außenpolitischen Kurzes, das Ziel der Volkspartei war die Verschiebung der Grundlage nach rechts, um die Massenziele des Großunternehmens bei der Verteilung der Lasten aus den Dames-Befehlen durchzusetzen — auf die Gefahr hin, daß eine Rechtsregierung die bisherige Linie der Außenpolitik verläßt und Deutschland in neue Schwierigkeiten und Verwicklungen stürzt. Um dieser Ziele willen hat Stresemann den Reichskanzler Marx gestürzt.

Damit ist formell eine jener Regierungskrisen eröffnet, die seit der Sprengung der ersten großen Koalition durch die Volkspartei keine Stabilität in das politische Leben Deutschlands kommen lassen. Politisch-parlamentarisch gesehen ist diese durch die Volkspartei unter Stresemanns Führung herausbeschworene Krise absolut sinnlos. Es gibt keine feste Parlamentsmehrheit für eine Regierungskombination, die nicht festhält am Primat der Außenpolitik und die über den künftigen Kurs der deutschen Außenpolitik Unsicherheit bestehen läßt. Sozial gesehen hat diese Krise ihren guten Sinn. Eben weil keine feste Regierungsbildung möglich ist, wenn die Volkspartei an ihrem Bündnis mit den Deutschnationalen festhält, hofft sie schließlich das Zentrum unter dem Druck der parlamentarischen Konstellation in die Front der sozialen Reaktion hineinzureißen. Das Wahlergebnis war nicht nur eine Entscheidung der Mehrheit des Volkes für die bisherige Außenpolitik — es war auch eine Ablehnung der Pläne der sozialen Reaktion, wie sie Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im Wahlkampf offen ausgesprochen haben. Der politische und soziale Sinn des Wahlergebnisses soll durch eine Ausnutzung der Zersplitterung des deutschen Parteiensystems in das Gegenteil verkehrt werden — das ist der Sinn dieser Regierungskrise.

Die Schuld daran, daß die Partei Stresemann diese Krise herausbeschwören konnte, daß sie eine parlamentarische Zwangslage konstruieren konnte, um einen starken Druck auf das Zentrum herbeizuführen, liegt bei der Arbeiterchaft. Die Politik Stresemanns wäre unmöglich ohne die Anwesenheit von 15 kommunistischen Abgeordneten im Reichstage. Die Stresemannsche Politik rechnet mit der heimlichen Bundesgenossenschaft der Kommunisten. Es ist selbstverständlich, daß keiner der 45 kommunistischen Abgeordneten daran denkt, der Volkspartei bei der Verfolgung der Massenziele des Großunternehmens wertvolle Hilfe zu leisten. Aber ihre Anwesenheit im Parlament, ihre gewollte Unbrauchbarkeit für die Bildung einer festen Regierung, ihre intransigente, auf die Zerstörung der Verfassung und des Staates gerichtete Haltung genügen, um der Volkspartei die Möglichkeit zu geben, die Bildung des Bürgerblocks zu versuchen.

Ohne die 45 kommunistischen Abgeordneten hätte der Reichstag 448 Mitglieder statt 493. Von diesen 448 Mitgliedern zählen die drei großen republikanischen Parteien 232 — eine sichere Mehrheit. Mit den 45 kommunistischen Stimmen können Volkspartei und Deutschnationale der Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, die über 232 Stimmen verfügt, 261 Stimmen entgegensetzen. Jedermann weiß, daß ein Linksbund nicht auf die Stimmen der Kommunisten rechnen kann und bei der Haltung der Kommunisten nicht darauf rechnen darf. Die 45 kommunistischen Stimmen haben die Grundlage für die Politik Stresemanns abgegeben. Die 45 kommunistischen Stimmen sind die Hoffnung der sozialen Reaktion. Die 45 kommunistischen Stimmen sind das Sprungbrett für den Bürgerblock. Im Interesse einer Linksentwicklung in Deutschland, im Interesse des Kampfes gegen die geplanten Anschläge der sozialen Reaktion hätten die Wähler der 45 kommunistischen Abgeordneten wahrhaftig besser getan, wenn sie am 7. Dezember zu Hause geblieben wären.

Mit der intransigenten Stellung der Kommunisten gegen jede Regierung rechnend, hat Stresemann den Reichskanzler Marx gestürzt. Er hat damit das Zentrum in eine Zwangslage gebracht, die der der Demokraten vor der Reichstagsauflösung ähnlich ist. Nur ist die Zwangslage des Zentrums heute noch schlimmer. Im Wahlkampf ist deutlich genug herausgearbeitet worden, was die Entscheidung für den Bürgerblock bedeutet. Der Ausweg der Reichstagsauflösung ist nicht mehr gangbar. Das Zentrum steht deshalb vor der unausweichlichen Entscheidung, ob es sich von der Volkspartei in den Bürgerblock hineinzwingen lassen will oder nicht. Diese Entscheidung ist nicht nur eine formell parlamentarische Entscheidung. Man muß sich im Zentrum völlig darüber klar sein, daß um die außenpolitische Linie der neuen Regierung im Kabinett ein unaufhörlicher Kampf geführt werden würde, bei dem die Volkspartei eher zu den Deutschnationalen neigen würde. Der Eintritt in den Bürgerblock würde für das Zentrum also bedeuten: unter dem Druck einer von der Volkspartei geschaffenen, mit der geheimen Bundesgenossenschaft der Kommunisten rechnenden parlamentarischen Zwangslage das Festhalten am Primat der Außenpolitik aufgeben. Bürgerblock heißt Unmöglichkeit über den Kurs der deutschen Außenpolitik.

Die Volkspartei hat durch den Sturz des Reichskanzlers Marx die Entscheidung für den Bürgerblock herbeiführen wollen. Sie hat sich, dank der Gunst der besonderen Zu-

sammenziehung des neuen Reichstags, als Herrin der Situation gefühlt. Sehr mit Unrecht; denn die wahre Entscheidung liegt beim Zentrum. Diese Partei hält die Entscheidung über die politische Zukunft Deutschlands in der Hand. Soviel sich bisher übersehen läßt, hat das Zentrum keine Neigung, sich von Herrn Stresemann mit einem plötzlichen Ruck aus seiner bisherigen Stellung heraus und an die Seite des Bürgerblocks reißen zu lassen.

Der Erfolg des Manövers der Volkspartei ist zunächst außerordentlich ungewiß. Nur ein Erfolg ist ihr sicher beschieden: sie hat abermals eine Regierungskrise hervorgerufen, die so verworfen, so endlos, so beschämend ist wie irgendeine von den vielen, die sie Deutschland schon gegeben hat. Die Volkspartei ist die Partei der Krisenmacher. In diesem Geschäft besitzt sie eine unglaubliche Virtuosität. Das Bild des politischen Karussells, das der „Vorwärts“ im Mai veröffentlichte und im Oktober wiederholte, wird schließlich auch zum Symbol dieser Regierungskrise werden. Halb lachend und halb weinend werden wir demnächst das unterblichste Karussell wieder hervorziehen müssen, um das im Spaß so amüsante und doch im Ernst so traurige Spiel unseren Lesern zum dritten Male vor Augen zu führen. Und wird es nicht auch diesmal am Ende heißen:

„Seht doch, seht, wie sich's dreht!
Und am Ende stille steht.
Und dann ist, und dann ist
Alles wie's gewesen ist.“

Sinkende Hoffnungen der Deutschnationalen Gedämpfte Töne.

Die deutschnationale Presse war bisher auf den Ton gestimmt: Wir warten ab, denn der Bürgerblock ist uns latenter. Der Bürgerblock kommt, er naht, er ist schon da. Inzwischen hat sich ihr der strahlende Bürgerblockhimmel etwas bewölkt, so daß sie bewegliche Klage führt über die „Verwirrung“, die die böse Linke angeblich in das glatte Bürgerblockgeschäft hineingebracht hat. Wie auf Verabredung liest man über den Betrachtungen der „Deutschen Tageszeitung“, „Künstliche Verwirrung“, und über den der „Deutschen Zeitung“, „Die künstliche Verwirrung der Lage“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt voll Grimm:

„Seidem das Reichskabinet seinen Rücktritt beschlossen und

Englands neue Außenpolitik.

Chamberlains Rede im Unterhaus.

London, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Außenminister Chamberlain begann seine mit Spannung erwartete Rede über die außenpolitische Lage am Montag nachmittag im Unterhaus mit Kompimenten für den Völkerbund. Es sei wünschenswert, daß die britische Regierung durch ihren Außenminister im Völkerbund vertreten sei. Er sei von Rom zurückgekehrt mit neuen Kenntnissen über das Wesen der Arbeit des Völkerbundes und mit der Gewißheit seiner Richtigkeit. Ueber keine Besprechungen mit dem französischen und dem italienischen Ministerpräsidenten und mit anderen Persönlichkeiten des Völkerbundes sagte er, der Hauptwert dieser Besprechungen läge darin, daß er mit diesen Staatsmännern in persönlichen Kontakt gekommen sei. Bei allen diesen Besprechungen habe er keinerlei Schwierigkeiten gefunden und durch die dabei getroffenen Abmachungen würden für keines der Völker Schwierigkeiten entstehen. Die Verhandlungen seien vertraulich gewesen, er könne darum nicht näher berichten. Er habe mancherlei über die Stellung der Länder zum Genfer Protokoll gehört. Aber er sei nicht in der Lage gewesen, über die Stellungnahme der britischen Regierung dazu etwas zu sagen, weil das Kabinet erst nach seiner Abreise in die Beratung des Protokolls eingetreten sei. Ueber die Frage der interalliierten Schulden habe er keine Aussprache gehabt. Er habe weder versucht in dieser Frage einen neuen Vertrag, noch eine neue Entscheidung zu erlangen. Was aber gesucht und in den Besprechungen auch erreicht wurde, war, kleinere Schwierigkeiten für die gemeinsamen Interessen der ganzen Welt aus dem Wege zu räumen und künftig zu vermeiden.

Zu der Kritik an seiner Politik gegenüber Ägypten und Rußland sagte er, daß er auf seiner Reise vielfach wegen der Haltung der Regierung in der ägyptischen Krise beglückwünscht war-

den sei und daß insbesondere die Freudenkolonien, deren Schutz in den Händen Englands liege, diese Politik gut gefast hätten. Die antienglische Agitation in Ägypten, die in der Ermordung des Sir Mars Giffels, habe die Regierung gezwungen, der Fortführung dieser Bewegung mit kräftiger Hand ein Ende zu bereiten. Bei der Erklärung der Unabhängigkeit Ägyptens seien verschiedene Interessen Englands einem späteren Abkommen mit der ägyptischen Regierung vorbehalten geblieben. Diese schlossen die Sicherheit der Verbindungswege des britischen Reiches in Ägypten die Verteidigung Ägyptens gegen fremde Angriffe oder direkte oder indirekte Einmischungen und der ausländischen Interessen und Vorurteilen in Ägypten und die Frage des Sudans ein. Diese Verbindungswege stehen allen Mächten offen und die Aufhebung des britischen Protektorats über Ägypten hätte nichts an der Stellung anderer Mächte in Ägypten geändert. Englands Position in Ägypten sei eine Sonderstellung und diese bringe auch besondere Verpflichtungen mit sich. England wolle die Unabhängigkeit Ägyptens nicht befechtigen, aber es verlange, daß die ägyptische Regierung mit und nicht gegen die britische Regierung arbeite. Hinsichtlich der Frage einer Entscheidung des Völkerbundes über die ägyptische Krise sagte er, es bestehe kein Anlaß, den Völkerbund damit zu befragen.

Ueber die Angelegenheit des Sinowjew-Briefes sagte Chamberlain, daß die Regierung den Brief von einer bestimmten Stelle erhalten habe, daß ihr aber schon vorher aus einer völlig anderen Quelle der ganze Inhalt des Briefes bekanntgegeben worden sei. Danach habe die Regierung auch noch von anderen vollkommen voneinander unabhängigen Stellen den gleichen Wortlaut mitgeteilt erhalten. Daraus habe sie die Gewißheit über die Echtheit des Briefes genommen.

damit ausdrücklich dokumentiert hat, daß es sich nicht in der Lage sieht, die durch den Wahlausfall geschaffene Situation einfach zu ignorieren, sind wieder mal alle Puppen am Tanzen. Sozialdemokraten, Demokraten und linker Zentrumsfraktionen bemühen sich mit den verschiedensten Mitteln, die Klare und einfache Sachlage der Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstage aus der Welt zu disputieren und so zu tun, als sei durch den Wahlausfall wieder einmal die heillosste Verwirrung geschaffen.

Die „Deutsche Zeitung“ behauptet:

„Mit dem heutigen endgültigen Austritt des Kabinetts Marx beginnt die Periode der Regierungsverhandlungen, die alle Aussicht haben, sich wiederum überaus langweilig zu gestalten, obwohl die Sache wahrhaftig so klar ist, wie sie nur sein kann. Die vereinigte Linke aber versucht mit allen Mitteln, künstlich Schwierigkeiten zu konstruieren, und in ihrem Sinne wird zweifellos Herr Ebert, der jetzt die nächste Entscheidung hat, alles tun, nur nicht das, was eine rasche und sichere Lösung bringen kann.“

Die einfache und klare Rechnung der Deutschnationalen war, daß das Zentrum sich Hals über Kopf in den Bürgerblock stürzen würde. Nun hat sich bisher gezeigt, daß die Mehrheitsverhältnisse gar nicht so einfach und klar sind, wie die Deutschnationalen meinen, denn das Zentrum rechnet sich gar nicht ohne weiteres zur Bürgerblockmehrheit. Die „künstliche Verwirrung“ besteht in Wahrheit nur in der Klärung der von der Volkspartei geschaffenen verworrenen Situation.

Deutliche Absage.

Die rheinische Zentrumspresse gegen den Bürgerblock.

Aktia, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die rheinische, vor allem die Kölner Zentrumspresse, fährt fort, gegen die Bestrebungen zur Bildung eines Bürgerblocks die schwersten Geschütze aufzuführen. Die „Rheinische Volkszeitung“ läßt sich z. B. am Montag von ihrer Berliner Vertretung einen Artikel drucken, der sich erneut scharf gegen die Politik der Streifenmänner und der Deutschnationalen richtet. Von der Zentrumspartei sagt der Artikel:

„Das Zentrum hat die Wahlen so eindeutig geführt und seine politische Stellung so eindringlich umrissen, daß seine Linke festliegt. Für das Zentrum ist die Frage ausschlaggebend, ob diese Linke gesichert wird oder nicht. Denn für eine Politik der Experimente kann sich eine Partei niemals hergeben, die sechs Jahre lang die Verantwortung getragen hat und an führender Stelle die Konföderation eingeleitet verlor, die jetzt in Staat und Wirtschaft einzutreten und sich weiter auszuwirken beginnt.“

Die „Rheinische Volkszeitung“, das offizielle Kölner Zentrumblatt, schließt einen längeren Artikel, der zeitgemäße Erinnerungen enthält, mit folgenden Worten:

„Es handelt sich bei der Regierungsbildung nicht darum, ob das Zentrum den Reichskanzler und einige Minister in der neuen Regierung stellt, sondern darum, das Vaterland vor neuem Unheil zu bewahren. Glauben Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, ohne das Zentrum kräftig werden zu können — mögen sie es versuchen. Das Zentrum kann ja auch einmal die Rolle des unverantwortlichen Zuschauers übernehmen. Es sollte sehr ernstlich daran denken.“

Der parlamentarische Mitarbeiter des gleichen Blattes wird noch deutlicher, indem er in der gleichen Nummer folgendes schreibt:

„Das Zentrum denkt nicht daran, immerfort die Kassen aus dem Feuer zu holen, die die Deutsche Volkspartei hineingeworfen hat. Das Zentrum wird einen Rechtsobst in dem von der Deutschen Volkspartei gewünschten Sinne nicht von vornherein abweisen; es würde die Laten eines solchen Gebäudes abwarten, wenn es überhaupt zustande käme und daraus dann die gebotenen Schlussfolgerungen ziehen. Das Zentrum steht heute wie immer unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß nur eine Politik der mittleren Linie dem deutschen Volke zum Heil gereichen kann, und daß es nur eine solche Politik unterläßt, die die Innehaltung dieser mittleren Linie nach innen und außen gefährdet. Danach allein, also ausschließlich nach sachlichen Gründen, wird das Zentrum urteilen, nach sachlichen Gründen wird es seine eventuelle Opposition bestimmen. Daß Kanzler Marx in aller Öffentlichkeit

und auch den Parteiführern gegenüber offiziell die Erklärung abgegeben hat, daß er bei der gegenwärtigen Lage persönlich die Sicherheit für die mittlere Linie nicht als gegeben erachtet, hat im In- und Ausland alarmierend gewirkt. Da ist man aufmerksamer geworden, welche kritische Dinge am Werke sind. Denn das Volk, das dem Kanzler Marx folgt und das seine Politik durch ein gewaltiges Vertrauensvotum bekräftigte, sagt sich, daß eine Politik nicht gut sein kann, die Marx als Führer nicht mehr mitzumachen vermag. Es wird der Deutschen Volkspartei nichts anderes übrig bleiben, als daß sie den Versuch macht, die Schwierigkeiten, die sie nun wiederum ohne Rat geschaffen hat, zu meistern. Will oder kann sie das nicht, dann wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als auf die Führerrolle, die sie beansprucht, endgültig zu verzichten und ihre politischen Maßnahmen nach den wirklich verstandenen „realen Tatsachen“ einzustellen.“

Klassenterror.

Die deutschnationale „Reinigung der Verwaltung“.

Die Deutschnationalen wollen durch den Bürgerblock in der preussischen Verwaltung das alte konservative Kastensystem wieder einführen. Sie wollen die Arbeiterschaft von Regierung und Verwaltung ausschließen. Auf die Festnagelung dieser Absicht durch sozialdemokratische Schriftsteller antwortet die „Deutsche Tageszeitung“ so unanständig wie verlogen:

„In der „Gode“ tobt Herr Breuer-Friedländer den Ueberchwang seiner ästhetischen Haggesehne aus, behauptet, mit der Sozialdemokratie hielte man „die deutsche Arbeiterschaft“ von der Teilnahme an Regierung und Verwaltung fern. Für ihn sind offenbar die christlichen und nationalen Arbeiter, die im Zentrum und in der Deutschnationalen Volkspartei ihre politische Vertretung sehen, samt und sonders Angehörige „des Feudalismus, der Industriellen und der Agrararistokratie“. Für ihn gibt es aber in diesem Augenblick auch bereits keine Demokratie und keine Verfassung mehr, sondern nur noch die Absicht des Klassen-terrors.“

Nach der Erklärung der „Nationalpost“ gehört „die Reinigung der preussischen Verwaltung von ungeeigneten Personen“ zu den Grundbedingungen der Deutschnationalen. Wenn die Deutschnationalen als „ungeeignete Person“ ansehen, erblickt man aus der Flugschrift Nr. 191 der Deutschnationalen Volkspartei. Kennzeichnend für die Absicht der Deutschnationalen ist, daß in dieser Schrift lediglich aus der Tatsache, daß der Betreffende nicht die Beamtenkarriere des alten Regimes durchgemacht hat — mag er sonst gelehrt und im Leben geleistet haben, was er will — das Recht hergeleitet wird, ihn, der dem Saate vielleicht wertvolle Energien und Kenntnisse bei der Einberufung mitgebracht hat, als „Futterkrüppennugleher“ zu schmähen.

Wer also nicht die Beamtenkarriere des alten Regimes durchlaufen hat, ist ungeeignet. Damit ist die Arbeiterschaft von der Verwaltung ausgeschlossen — und nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft! Als ungeeignete „Futterkrüppel“ werden in dieser offiziellen Flugschrift der Deutschnationalen aufgeführt:

Ebert, Sattler, Gastwirt, Redakteur, Staatssekretär, Reichspräsident.

Hirtleier, Schöffer, preussischer Wohlfahrtsminister.

Personlichkeiten die wie Ebert aus der sozialdemokratischen, wie Hirtleier aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, sollen von Regierung und Verwaltung ausgeschlossen werden, nur weil sie aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind.

Ist das nicht Klassenterror?

v. Jagow begradigt.

Wann folgt die Amnestie für Bindeputschisten?

Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird aus Leipzig gemeldet:

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, hat der Reichspräsident im Gnadenweg dem früheren Regierungspräsidenten

Tragott von Jagow die noch zu verbüßende Reststrafe erlassen. v. Jagow war wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch vom Reichsgericht zu fünf Jahren Festung verurteilt worden und hat von dieser Strafe am 13. d. M. drei Jahre verbüßt.

Dieser Gnadenakt des Reichspräsidenten, der offenbar auf Vorschlag des Reichsjustizministeriums erfolgt ist, ruft die Erinnerung daran wach, daß v. Jagow der einzige Rechtsputschist ist, der in Deutschland wegen Beteiligung am Kapp-Putsch verurteilt wurde. Alle anderen, selbst Erich Ludendorff, waren keine „Führer“, sondern nur entweder ahnungslose und gänzlich unbeteiligte Zuschauer oder — wenigstens vor Gericht — untergeordnete und nur verführte Gestalten. Die Würde deutscher Richter ist den Bindeputschisten nicht zuteil geworden. Jeder wird sich fragen, ob die Begnadigung, deren v. Jagow nach drei Jahren Festungshaft sich jetzt erfreuen darf, auch anderen zugute kommen wird, deren Festhaltung oder Freilassung jumeist von den Entschlüssen der Landesregierungen abhängt.

Nach sich sehen auch unschuldig im Zuchthaus, noch verbüßen in Niederhörsensfeld Teilnehmer der Münchener Räteregierung harte Strafen unter einem ausgefuchten harten Regiment. Hunderte von kommunistischen Putschisten sind zu schweren Strafen verurteilt, oft zu Zuchthausstrafen, trotzdem auch die Motive ihrer Handlungen zweifellos in unendlich vielen Fällen rein politischer Natur gewesen sind. Die Begnadigung Jagows könnte nur dann gebilligt werden, wenn sie als ein Akt der weiteren Begnadigungen aufzufassen wäre. Blicke sie einseitig zugunsten der Rechten vorgenommenen Gnadenakt, dann wäre die Entrüstung, die solche Einseitigkeit bei jedem gerecht Denkenden auslösen müßte, mehr als verständlich. Sie müßte den tiefen Miß, der heute zwischen Rechtsprechung und Gerechtigkeitsgefühl des Volkes sich aufgetan hat, weiter vertiefen. Läßt man Jagow frei, wird man nicht umhin können, endlich auch für Fechenbach die Tore des Zuchthaus zu öffnen und für Hunderte viel weniger Schuldige die unarmherzige Härte grausamer Rechtsprüche auf dem Gnadenweg zu mildern. Durch die Begnadigung Jagows hat der Ruf nach einer gerechten Amnestie eine starke Unterstützung erfahren.

Kontenbank und Aararkredite.

Ein Erfolg Preußens.

Amstisch wird gemeldet:

Das Reichskabinett genehmigte auf Antrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, daß die bereiten Mittel der Deutschen Rentenbank für eine Uebergangszeit bis zum 1. November 1925 durch Vermittlung einer Treuhänderstelle an landwirtschaftliche Kreditinstitute überwiesen werden, um diese Mittel bis zur geschickten Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditbank für den dringenden Kreditbedarf der Landwirtschaft, wie dies im Rentenbank-Liquidierungs-gesetz vorgelesen ist, nutzbar zu machen. Die Verteilung der Kredite hat an diejenigen Kreditinstitute zu erfolgen, die in dem Interesse der Reichsregierung verzögerten Gesetzentwurf zum Geschäftsvorkehr mit der Rentenbank-Kreditbank zugelassen waren noch einem von der Reichsregierung zu genehmigenden Verteilungsplan. Sobald die landwirtschaftliche Kreditbank errichtet sein wird, gehen die Mittel von der Treuhänderstelle auf die Kreditbank über. Der Gesetzentwurf über die Errichtung der Kreditbank soll den gesetzgebenden Körperschaften sobald vorgelegt werden.

Der Beschluß des Reichskabinetts trägt der von der preussischen Regierung immer wieder betonten Last der Zahlung der Mittel der Landwirtschaft zuzuführen. Die Absicht der Rentenankleitung ging dahin, diese Mittel bis zur Schaffung eines großen landwirtschaftlichen Zentralkreditinstituts zurückzuhalten, das Hals über Kopf ins Leben treten und ein wirtschaftliches Machtinstrument des Landbundes werden sollte. Diesen Plänen hat sich die preussische Regierung entschieden widersetzt. Ihr Erfolg ist es, wenn die Mittel der Rentenbank jetzt der Landwirtschaft zugeführt werden.

Die Heimkehr.

Von Klavund.

Aus der neuen überarbeiteten Ausgabe des Eulenspiegelstramans „Brade“, die im Verlag der Deutschen Buchhandlung erscheint.

Es hämmerte, als Brade in Striegau eintraf. Seine Knie zitterten, und er setzte sich müde auf eine Haustreppe. Eine Kasse stieß an ihm vorbei.

„Kauft mir eine Kasse über den Weg?“ dachte er, betroffen lächelnd.

„Mir das Unglück so nah?“

Hunde bellten aus allen Straßen Frage und Antwort.

Eine Fledermaus rauschte unterm Dunkel.

Der Marktbrunnen plätscherte wie Gesang kaiserlicher Nymphen.

Die Haustür klirrte, und eine gebückte Gestalt erschien begehrt.

„Meine Augen sind halb erblindet“, klang es verzweifelt, „wer seid ihr, der ihr hier an der Treppe sitzt?“

Brade schob auf wie eine Pflanze zum Licht. Er hob seine Arme wie Wäste. Seine Augen wir Blitzen.

„Ritter!“ jubelte er erstarrt, „ich bin es, dein kranker Sohn!“

Die Gestalt wurde von Krämpfen erschüttert:

„Mein Sohn, hast du uns nicht vergessen, lebst du, lebst du noch?“

„Mutter, ich lebe und lebe nur darum, daß ich noch einmal zu euch komme, euch zu sehen, zu sprechen, zu hören. Denn ihr seid die letzten Menschen dieser Erde, die ich kenne. Ich bin so arm, daß ich keinen Menschen mehr habe. Kein Weib mich mehr liebt. Kein räuberischer Hund mich zum Herrn haben möchte. Mutter, wo ist der Vater, daß er mich — endlich wieder — seinen Sohn nenne?“

Die Alte erschraf.

Sie wurde zu Scham.

Bewogte tonlos die dürren Rippen.

Ihre knochigen Hände malten engherzige entsetzliche Gemälde.

Ihre Ohren schienen nach einem bestimmten Geräusch zu lauschen.

Sie fand ein paar Worte:

„Er haßt dich ... er haßt dich ... wie den Bösen ... ich habe Grund ...“

Schritte polterten durch das Haus innen.

„Weißt!“ brüllte eine rauhe Stimme.

„Brade,“ betete die Alte, totentleiblich.

Die Tür knarrte, und der Pöpsel trat in die Nacht.

„Ich suchte dich, Weib, weil ich meine lange Pfeife nicht finde. Ich gab sie gestern der Magd zum Reinigen.“

Er hielt inne.

Vor ihm kniete ein fremder Mensch, die Hände vor dem Gesicht.

„Brade,“ sagte die Alte feste Erinnerung zu wecken, „Brade, vergeißt ihm, es ist dein Sohn!“

Der Greis holte tief Atem. Es schien, als sauge er das ganze Dunkel in sich hinein samt Mond und Sternen. Das Dunkel und

die kleine und die große Welt, daß nur er übrig blieb: er allein in seiner wilden Pedanterie.

„Ich habe keinen Sohn mehr,“ sagte er rauh, „der einmal mein Sohn war, ist ein Landstreicher und Vagabund geworden, den die Bauern von ihren Höfen jagen. Ist ein Dieb, ein Räuber, ein Mörder ...“

„Vater,“ wimmerte Brade, „alles dieses bin ich, ich gestehe es: bin Vagabund und Landstreicher, ein Räuber und Mörder. Aber, Vater, ich bin euer Sohn. Weret nicht den ersten Stein auf mich!“

Der Pöpsel bückte sich und löste einen Stein, der morlich im Mauerwerk des Hauses hing.

Seine Stirn verzerrte sich. Seine Stimme quoll.

„Scher! euch zum Teufel!“ — und hob den Stein und warf nach dem Sohn.

Der Stein traf Brade, da er auf den Vater zutreten wollte, an die Stirn.

Dünnes Blut sprang und floss über Wimpern und Wangen. Er hörte den Schrei der Rutter. Das Zuschlagen der Tür. Es wurde rot vor seinen Augen, und er entließ schreiend.

Er floss durch die Stadt und warf sich auf einer kleinen Anhöhe hinter der Kirche ins Gras.

Ueber ihm glänzten ruhig und fern die ewigen Sterne.

Die Wiese bewegte sich im Winde.

Ein Käfer summte.

Unten die Stadt schlief wie ein Bürger nach des Tages vollbrachter Arbeit.

Was habe ich nun diesen Tag und meines Lebens Tag getan? Ich wollte heute eine gute Tat tun und wurde mit Ruten gepeitscht.

Ich bin so müde, ein Mensch zu sein. Ach, ich bin wohl keiner, sondern vom Mars nach hier verschlagen, mit sonderbaren und perwegenen Organen ausgerüstet, die für diese Welt nicht taugen.

Ich habe zu große Augen, zu kleine Ohren, zu schlammige Füße, zu zarte Hände.

Er richtete sich ein wenig auf, da fühlte er wieder das Blut von der Stirn rinnen.

Ihm wurde blutrot und rot vor den Augen, und eine lange zurüchgebämmte Wut brach strahlend wie eine Überbeule auf.

Er sprang, lachend und singend, den Hügel hinab zur Stadt.

In der Schmiede glom noch das Feuer unter der Asche.

Er nahm einen Spahn vom Boden und entzündete ihn.

Wie eine Fackel trug er ihn vor sich her und ließ lautlos und fröhlich durch die verlassenen Gassen: wohl ein Duzendmal machte er halt und hielt die Fackel an ein Strohdach, das stidisch zu knistern begann.

Dann eilte er wieder über den Kirchhof zum Hügel zurück.

Er stand eisen in der Nacht und wartete.

Nach kaum einer halben Stunde schossen da und dort Feuer- garten wie Raketen in den Himmel. Schreie schwirrten durch die

Nacht. Pferde wecherten. Kinder schrien. Männer brüllten. Häuser fielen wie Karten zusammen.

Striegau brannte.

Der 7. Bezirk des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes veranstaltete sein diesjähriges Konzert am Sonnabend in der Neuen Welt. Von einer Mitwirkung aller dem Bezirk angehöriger Chöre und ihrer Zusammenfassung in einem Massenhör hatte man für diesmal abgesehen. Dafür war die Ausgestaltung des Abends der Gesangsgemeinschaft Hofmann d'Arauto und dem Wilmmer-Orchester anvertraut. So war eine „Abendfeier“ zustande gekommen, die im ersten Teil nach Schumanns B-Dur-Sinfonie Kompositionen von Hugo Wolf brachte. Zuerst sang Elise Bachmann mit pastischem Miß, leider mit einer vorübergehenden fatalen Reizung zum Detonieren das „Gebet“ und „Du bist Orplid mein Land“. Die Stimme der Sopranistin Anna el Tour genigte weder in der Tiefe noch in der Mittellage den Ansprüchen des Raumes und konnte sich zudem gegen das Krächzen nicht behaupten. Wolffsche Chorwerke mit Orchester folgten, wie die Sinfonie ebenfalls von Walter Hirtlichberg geleitet. Besonders in dem „Hymnus“ zeigte sich der Chor auch größeren Anstrengungen gewachsen. Das steht ja fest: chorzerberisch, stimmbildnerisch leistet d'Arauto mit seiner Gemeinschaft Vorbildliches, besonders wenn man die jetzige Beschaffenheit des Chores in Hinblick auf die frühere, doch ganz mangelhafte Vorbildung des Sängermaterials bewertet. Wie natürlich er die Stimmen sich entwickeln läßt und sie doch schnell fördert, ohne ihnen Gewalt anzutun, das beweisen wieder die einzelnen herausgehobenen Stimmen des Chores. Daß d'Arauto zudem immer er bestrebt ist, Neues zu versuchen, eine Literatur mit internationalem Einschlag zu pflegen, ist schon des öfteren gekannt. Experimente, wie das den Chor mußigieren zu lassen, ohne ihn in der gewohnten Weise zu leiten, müssen natürlich, wenn auch nicht ganz so doch teilweise mißgelingen. Die größte Zahl der im zweiten Teil des Abends gegebenen Kompositionen ist schon in den früheren Konzerten gehört und gewürdigt worden. Vielleicht liegt auch in dieser Zusammenstellung des Programms mit Stoffen aus früheren Konzerten die Erklärung für den schlechten Verlauf des Abends. Ob nicht doch manche der Chöre zu häufig und zu schnell aufeinander mit fast demselben Programm auftraten? Eins darf nicht ungefragt bleiben: Das Programm enthielt am Kopf des Textes eine kurze Würdigung von d'Arautos Streben. In wahrhaft ponenzvoller Art wurde da vom „Meister und Idealisten“ gesprochen. Sein Können und redliches Streben in allen Ehren! Aber einen solchen Versuch, dem Publikum von vornherein ein Urteil zu suggerieren, muß als amerikanische Art, Reklame zu schlagen, entschieden zurückgewiesen werden.

S. S.

Ueber fortschrittliche Strömungen in den Bereinigten Staaten sprach Adèle Schreiber im deutschen Konsulatsbund. Sie verwies auf die große Rolle, die die Frauen der Kirche bei der Verwirklichung von Weisheiten und Vorkämpferin der wirtschaftlichen und politischen Demokratie, Hebung der unterdrückten Schichten, Lösung der Klassenprobleme, namentlich hinsichtlich der farbigen, auftritt.

Einigkeit der Kirchen aber ist größere Toleranz und Wandelbarkeit als bei uns. Alle Formen werden oft mit völlig

Das Recht auf Unrecht.

Eine Entscheidung im Personalabbau.

Seit Monaten schweben die Beschwerden zahlreicher Stadträte gegen die Abbaubeschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen wie der Bezirksversammlungen über die Berechtigung dieser Beschwerden hat ein juristischer Ausschuss des Kammergerichts zu befinden. Er besteht aus drei Juristen, und naive Gemüter könnten deswegen annehmen, daß ein solcher Ausschuss eine unparteiliche Entscheidung treffen werde. Diese Entscheidung ist jetzt da. Sie übertrifft alle Leistungen, die wir bisher von deutschen Juristen haben erleben müssen. Würdlich heißt es in dem Entscheid des Kammergerichtsausschusses:

§ 21 der Personalabbauverordnung enthält zwar die allgemeine Bestimmung, daß die Auswahl der abzubauenden Personen weder durch politische oder konfessionelle Betätigung oder durch die Betätigung in Berufsvereinen noch durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein beeinflusst werden darf. Eine Ausnahmebestimmung wird aber durch § 53 a. a. O. insofern getroffen, als dort die Auswahl von Magistratsmitgliedern und in Städten mit Bürgermeisterverfassung auf die Auswahl von Bürgermeistern und Beigeordneten — an Stelle des sonst zuständigen Verwaltungsgremiums — der Stadtverordnetenversammlung übertragen ist. Die Stadtverordnetenversammlung ist ihrer Natur nach eine politische Körperschaft. Sie ist nach politischen Gesichtspunkten zusammengefaßt, und ihre Beschlüsse richten sich in der Regel nach ihrer politischen Zusammensetzung. Insbesondere entspricht es durchaus der, auch bei anderen parlamentarischen Körperschaften geübten Übung, daß sich vor wichtigen Beratungen die Fraktionen in sich und untereinander über die Art ihrer Stellungnahme und Abstimmung verständigen. Daher stand, wenn der § 53 die Auswahl für den Abbau einer derartigen Körperschaft übertrug, von vornherein fest, daß die Auswahl in der gedachten Weise politisch beeinflusst sein würde. Inwieweit ist für die fraglichen Beamten von der Regel des § 21 eine Ausnahme gemacht worden und kann ihre Ausnahme nicht unter Berufung auf § 21 beanstandet werden. Daß bei dem Abbau des Beschwerdeführers andere politische Einflüsse mitgewirkt hätten, als sie bei der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung ihrem Wesen nach regelmäßig mitwirken, ist nicht ersichtlich. Der Einspruch konnte daher keinen Erfolg haben.

Das ist wirklich eine Glanzleistung juristischer Befähigung. Jetzt haben sich die Herren Stadträte der Bürgerblockmehrheit nach Kräften gewunden und mit biederer Miene versichert, daß von irgend welchen politischen Absichten bei ihren hochwohlweisen Abbaubeschlüssen keine Rede sein könne, und nun kommt die höchste, „objektive“, „unparteiliche“ Instanz des Kammergerichts und setzt der Welt auseinander, daß die ganze Heuchelei von angeblich unpolitischen Entschlüssen vollkommen überflüssig gewesen sei. Noch auf dem Deutschen Städtetag in Hannover versicherte der volksparteiliche Kammergerichtsrat Dr. Caspari, er stimme der sozialdemokratischen Entschlüsselung gegen den politischen Mißbrauch der Abbauperordnung vollkommen zu, weil ihm von einem politischen Mißbrauch nichts bekannt sei. Das Berliner Kammergericht bringt es aber fertig, den politischen Mißbrauch zu legalisieren und als durchaus berechtigt hinzustellen. Eine solche Begründung der Ablehnung des Pauschalenspruchs — denn um ihn handelt es sich — hat wohl niemand erwartet. Diese Glanzleistung der Juristen des Kammergerichts beweist nur erneut, wie notwendig es ist, daß der Preussische Landtag sich sofort bei seinem Zusammenritt mit der Aufhebung der Personalabbauverordnung und mit der Rückgängigmachung der an sie sich anknüpfenden politischen Standale beschäftigt.

Im Fall-Pausen ist durch diese Entscheidung noch keine Lösung herbeigeführt, weil außer dem Einspruch beim Abbausausschuss des Kammergerichts auch noch eine Beschwerde beim Oberpräsidenten schwebt. Die gegen Pausen herbeigeführte

neuen Weise erfüllt. Mehr als 150 Seiten gefaltene individuelle religiöse Ansagen, wie dies vereinzelt freie Kirchen, freie Sängergesellschaften, eifrige Gemeinden beweisen die Kirchen, mitunter nur Bekenntnis zu Nächstenliebe, gegenseitiger Hilfe, Menschlichkeitsdienst verlangen.

Die Rednerin schilderte aus eigenen Eindrücken das Schicksal und Jugendbewegung mit seinen großen Kontrasten, die beginnende Jugendbewegung, die Bedeutung des Alkoholverbot für die kulturelle Entwicklung der Nation, die Einwanderer- und die Regerfrage, den ungeheuren Einfluß der Frauen — es gibt z. B. allein 583 648 Lehrerinnen gegenüber nur 95 654 Lehrern an den amerikanischen Volksschulen.

Sie entrollte ein Bild der politischen Situation, insbesondere des Bedrogens der von Senator La Follette geführten dritten Partei, deren Entschlüsselung das größte innenpolitische Ereignis neuerer Zeit in den Vereinigten Staaten ist. Kapitale und oppositionelle Strömungen mannigfaltiger Art, auch die an sich noch als Partei zu schwebenden Sozialisten vereinigen sich in dieser Partei zu einer Art Block der Linken. In ihrem Kampf gegen Korruption und Ueberkapitalismus, gegen Privatmonopole, gegen eine von Finanzinteressen beherrschte auswärtige Politik, für Waffensrieden und Abrüstung, für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen reinen Demokratie ist sie berufen, das politische Gewissen der amerikanischen Nation zu schärfen. Von dem starken amerikanischen Idealismus der trotz aller Erscheinungen überaltertätlicher Rücksichtlosigkeit fort ist und zum Durchbruch kommt, bei auch der kulturelle Aufstieg der Welt noch Ungewisses zu erwarten.

Das Deutsche Operenhaus hat autogen der Meldung im Montagblatt noch nicht den Ausschlag gehabt, Konkurs anzumelden. Man hofft, der Situation noch Herr zu werden.

Spiel-landabrechnung. An den Kammerzielen mit infolge Erkrankung Albert Sternhilds die für heute angelegte Erhaltung von Carl Sternhilds „1913“ auf Donnerstag verschoben werden.

Der Märcher Harmonie Choristenchor (M. H. C.) veranstaltet am 21. abends 7 1/2 Uhr, in der Schaulose für Kunst ein Konzert unter Mitwirkung von Gustav Wolf (Soprano), H. Gabel (Bariton), Korten & 1. Viol. mit Programm bei den Mitgliedern und an der Kasse.

Im Festung-Museum findet Donnerstag 8 Uhr die Weltanschauliche verbunden mit der Hundertjahrfeier von Peter Cornelius' Geburtstag statt. Den Vortrag hält Georg Richard Krutz, Lieber von Cornelius' hingen Anna Reichner-Feiten und Margarete Steingraber. Am Abgang Musikdirektor Bruno Seyersberger.

In der Ostfälischen Kunstausstellung der Berliner Museen, im früheren Raum eines Museums an der Ring-Allee, ist jetzt die China-Sammlung von Dr. Otto Burghard in Berlin teilweise zur Ausstellung gelangt. Des Schwerwichts der Sammlung liegt auf der amerikanischen Jubiläum. Außerdem enthält die Sammlung Burghard eine Reihe von frühen Bronzefiguren und Bronzeauslagen.

In Bayern gibt es wieder Kammerlänger. Die bayerische Regierung hat einen Teil der Revolution abgeheilten Brauch neu aufleben lassen. Sie erteilt an Mitglieder der bayerischen Staatsbahnen wieder den Kammerlängertitel.

Puccinis Vermögen. Mit Komponieren läßt sich, wie es scheint, noch ein kleines Geld verdienen. So hat z. B. der fünfmal verstorbene Puccini ein Vermögen hinterlassen, das auf annähernd 20 Millionen Lire geschätzt wird. Außerdem sehen die Autorrechte und die Lizenzen den Widmen eine jährliche Rente von etwa 800 000 Lire.

Entscheidung des Kammergerichts hat aber selbstverständlich prinzipielle Bedeutung, weil dadurch jeder Abbau eines Stadtrats ohne weiteres berechtigt sein würde und die Stadtverordnetenversammlungen in keiner Weise an die sonstigen Vorschriften der Abbauperordnung gebunden wären. Daß solcher Unsinn nicht Recht sein kann, liegt trotz der Populärträger des Kammergerichts auf der Hand. Bei einer solchen standalösen Entscheidung, die die Rechtsbeugung zum Prinzip erhebt, kann es unter keinen Umständen bleiben.

Verständigung über die Exportabgabe.

Für Deutschland günstig.

London, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalagent für Reparationszahlungen, Gilbert, hat London wieder verlassen, nachdem die Differenzen wegen der Erhebung der 20prozentigen Exportabgabe geschlichtet worden sind. Gilbert hatte nicht nur gegen die Erhebung der Exportabgabe durch England, sondern auch dagegen protestiert, daß England unter dem Regime des Dames-Planes weiterhin über die Erträge dieser Abgabe verfügt. Er hat dabei gefordert, daß alle von Deutschland geleisteten Zahlungen durch ihn verwaltet werden müßten. Das jetzt zustandgekommene Abkommen gestattet zwar auch weiterhin, daß England Ausgaben auf Grund des Recovery-Akts einammelt, aber es bestimmt, daß diese Beträge dem Generalagenten zur Verfügung überwiesen werden. Dagegen hat die englische Regierung sich vorbehalten, daß Belgien für diese Beträge sein Prioritätsrecht nicht geltend machen kann und sie auch nicht zur Deckung der Befahrungskosten verwendet werden dürfen. Uebrigens ist bei dieser Gelegenheit zwischen Gilbert und der englischen Regierung vereinbart worden, Deutschland in naher Zukunft zu erlauben, die Beträge in Mark statt in Pfund Sterling zu zahlen und die Beträge nicht bei jeder Einfuhr, sondern in monatlichen Pauschaltätzen zu entrichten.

Die von Gilbert mit der englischen Regierung vereinbarte Regelung war nach Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages zu erwarten und bereits in einem Zusatzabkommen, das sich dem Plan Gilberts anpaßt, vorgelegen. Der Vorteil der Regelung besteht darin, daß der deutsch-englische Handel von den bürokratischen Komplikationen der Abführung der Abgabe an die englische Behörde befreit wird, und daß zweitens die Abgabe in Form einer Pauschaltamme in deutscher Währung zu leisten ist, wodurch die Aufgabe, die deutsche Währung zu sichern, bedeutend erleichtert wird. Ferner werden nicht Summen unnötigerweise festgelegt, die Englands Anteil an den Reparationszahlungen wesentlich übersteigen hätten. Die Regelung nach dem Recovery-Akt war ohne weiteres eine wesentliche Bedrohung des Dames-Planes. In diesem Sinne ist die Gilbertsche Regelung besonders hoch zu bewerten. Sehr wahrscheinlich wird sie ihre Auswirkungen auf Frankreich und Belgien, wo die Recovery-Abgabe Nachahmung gefunden hat, ausüben.

Die Marokkofrage aufgerollt.

Englisch-französische Aktion in Vorbereitung.

Paris, 15. Dezember. (W.D.) Havas bestätigt, daß seit einigen Tagen zwischen der spanischen Regierung und der französischen Botschaft in Madrid Besprechungen bezüglich der Räumung der spanischen Zone in Marokko stattfinden und füge hinzu, es sei ganz natürlich, daß die beiden Länder mitein-

ander Fühlung nähmen, um die gegenseitigen Absichten angeht, der neuen Lage klarzustellen.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die von Frankreich in Madrid überreichte Marokko-Note dürfte als ein Aufsatze zu einer Aktion zu betrachten sein, die von der spanischen Regierung im Einvernehmen mit England vorbereitet wird und die Besitzergreifung der von Spanien geräumten Zonen zum Ziel hat. Auch die von den Montag-Abendblättern veröffentlichten Meldungen weisen darauf hin. Unruhe und Aufruhr habe die ganze muslimische Welt ergriffen und die Ereignisse in Ägypten bzw. Tripolitanien ständen keineswegs einzeln da. Indien durchschreite eine neue Periode der Agitation. Auch Mesopotamien, die Türkei und Syrien gäben Anlaß zu weiteren Befürchtungen. Marokko insbesondere habe es vermocht, die spanische Herrschaft abzuschütteln. Die mit Umgehung der spanischen Zensur eintreffenden Nachrichten weisen darauf hin, daß Spanien mit Ausnahme von Tanger und Melilla sämtliche Positionen in Marokko verloren habe. Auch Tetuan in der Nähe von Tanger sei bedroht. 120 000 Mann sehen ihren Rückzug fort. Die Front sei durchbrochen, und während die eine Hälfte des spanischen Heeres sich nach Melilla zurückzieht, suche die andere Tetuan zu erreichen. Der Rückzug hätte auch die bis jetzt friedlichen Stämme ergriffen. Einmal Punkte an der Küste seien in die Hände der Aufständischen gefallen. Obwohl die offiziellen Kommunikés des spanischen Direktoriums von einem mühe- und verlustreichen Rückzug sprechen, glauben die französischen Blätter zu wissen, daß etwa 20 000 Mannschaften gefallen und etwa 7000 von den Eingeborenen gefangen genommen seien. Das ganze Hinterland sei von den spanischen Truppen geräumt worden und nur einige Punkte an der Küste befinden sich noch in seiner Hand. Offen steht nun die Frage, wer davon Besitz ergreifen wird. Es ist anzunehmen, daß alles, was Frankreich in dieser Beziehung unternimmt, in vollstem Einvernehmen mit England geschehen wird.

Linkspolitik in Frankreich.

Ausdehnung der Amnestie. — Wiedereinstellung der Eisenbahner.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Montagsitzung nahm die Kammer die Besprechung der inzwischen vom Senat verabschiedeten Amnestievorlage wieder auf. Der von diesem angenommenen Text wurde in folgenden Punkten abgeändert: Die Amnestie soll auf die vor dem 12. November 1924 begangenen Straftaten ausgedehnt werden. Der Senatstext hatte dafür den 9. Juli bestimmt. Weiter wurde der Artikel 1 im ursprünglichen Text wiederhergestellt und die Amnestie auf die sogenannten „anarchistischen Umtriebe“ ausgedehnt. Die übrigen Artikel wurden in der vom Senat angenommenen Fassung verabschiedet.

Zur Frage der Wiedereinstellung der entlassenen Beamten und Eisenbahner erklärte Léon Blum, daß die Sozialisten für den vom Senat mit Zustimmung der Regierung angenommenen Text stimmen würden, daß aber falls die Regierung die ihr eingeräumten Vollmachten für genügend erachtet würde, die Sozialisten ihr die Waffen liefern würden, um die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter und Angestellten zu erzwingen.

Norwegens Glückwunsch.

Der Parteivorstand erhielt folgendes Telegramm aus Kristiania: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens erteilt ihren Glück und gratuliert zu dem großen Wahlsieg. Magnus Alfen.

Die anderen „Landesverräter“.

Zeitgemäße Erinnerungen.

Da gegenwärtig im Gerichtssaal Kriegserinnerungen ausgekramt werden, um die Kriegshaltung der Sozialdemokratie und besonders des Reichspräsidenten zu verächtigen, so lohnt es sich für Freund und Feind, die Haltung der ganz sicheren Patrioten zu beleuchten, die in Eroberungszügen keine Grenze kannten.

Mehr als alle Erläuterungen wird dieser Brief eines alldeutschen Generals an den Reichstanzler Bethmann Hollweg für sich selbst sprechen:

Bomburg, den 5. Mai 1915.

An Se. Excellenz den Reichstanzler
Herrn Dr. v. Bethmann Hollweg,
Großes Hauptquartier.

Eurer Excellenz habe ich die Ehre, im Auftrage des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes eine Zusammenstellung derjenigen Forderungen zum politischen Kriegsziel zu unterbreiten, deren Verwirklichung meinen politischen Freunden und weissen Kreisen über den Alldeutschen Verband hinaus zur Sicherung unseres Volkes für die Zukunft geboten erscheint.

Die Stimmung in den breitesten Kreisen unseres Volkes ist heute verblüfft, ja der Verzweiflung nahe; die Ursache dieser mit der Größe unserer Volkserfolge in Widerspruch stehenden Erscheinung zu untersuchen, ist hier nicht am Platze; es sei nur gesagt, daß allzu vieles dafür spricht, daß die Reichsregierung das politische Kriegsziel zu eng gesteckt hat und daß gerade jene treuesten und politisch zuverlässigsten Kreise hierin einen Verzicht auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges erblicken müssen.

Mein Gewissen gebietet mir, vor sich einem Verzicht zu warnen, es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine

nächste Folge wäre die Revolution!

Das Wort muß ausgesprochen werden. . . .

Es geht um unser Volk! Es geht um die monarchistische Grundlage des Reiches und der Bundesstaaten. Deshalb beschwöre ich Euer Excellenz, im vollen Einverständnis mit meinen politischen Freunden, den furchtbaren Gefahren dadurch entgegenzuarbeiten, daß Sie einer Frieden erziehen, der unserem Volke bringt, was es verdient, worauf es Anspruch hat.

Die Tragik darf nicht Wirklichkeit werden, daß unser Volk zerfällt, nachdem es das Ungewöhnliche geleistet hat.

Noch bitte ich Euer Excellenz zur Kenntnis zu nehmen, daß ich Abschriften der „Forderungen zum Kriegsziel“ und dieses meines Schreibens der hohen Bundesstaatlischen Regierungen zu unterbreiten beauftragt bin.

Ehrerbietigst Euer Excellenz ganz ergebenst
gez. Freiherr v. Gersdorff.

Dieser alldeutsche General spricht also im Frühjahr 1915 — im ersten Kriegsjahr, nicht im vierten — schon von Erhitterung und Verzweiflung des Volkes, und er beruft sich dabei auf das ausdrückliche Einverständnis

seiner alldeutschen Freunde, wenn er mit der Revolution droht, die die monarchische Grundlage des Reiches und der Bundesstaaten beseitigen würde.

Bethmann Hollweg hat auf diesen unverkündeten Brief am 13. Mai 1915 sehr scharf geantwortet, indem er unter anderem schrieb:

... Euer Excellenz wagen in dem Begleit Schreiben, in dem Sie mir namens des ADV diese Forderung überleben, auszusprechen, daß die Stimmung in den breitesten Schichten unseres Volkes erbittert, ja, der Verzweiflung nahe sei, weil die Reichsregierung das Kriegsziel zu eng gesteckt habe und auf eine Ausnutzung unseres sicheren Sieges verzichten würde. Sie scheuen des Weiteren nicht davor zurück, auszusagen, daß das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk sich erheben und die Monarchie stürzen würde, wenn nicht als einzig wirksames Ableitungsmittel ein Friede erreicht wird, der die Notwendigkeiten des Volkes nach jeder Richtung hin, d. h. wie der ADV, sie versteht, erfüllt.

Der Krieg und seine Erfahrungen haben zwar den nationalen Machtwillen, auf dessen Hebung sich das Existenzrecht des ADV gründet, zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht, den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes indes, wie ich dem Schreiben Eurer Excellenz entnehme, nicht gehoben, sondern ins Groteske gesteigert. Die treu monarchischen Kreise, die Euer Excellenz vertreten wollen, würden ihre Pflicht gegen die Krone aufs Größteste verletzen, wenn sie... im Volke eine Unruhe über eine nicht vorhandene, durch nichts bewiesene flau und kleinmütige Politik zu schüren versuchten. Nach Eurer Excellenz Worten soll diese Unruhe bis zur Erbitterung, ja zur Verzweiflung und zu

drohenden Hinweisen auf Revolution

gestiegen sein. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist das wahr, dann trifft die Verantwortung jene, die diese Stimmung durch Mangel an politischer Urteil und nationaler Disziplin trotz aller unmißverständlichen Erklärungen der Regierung geschürt haben, statt ihr entgegenzutreten, oder diese Behauptung ist falsch, dann muß ich in ihr eine Drohung und den Versuch einer Minderheit erblicken, die von der Krone berufenen Leiter der Reichsgeschäfte ihrem Willen zu unterwerfen. . . .

In vorzüglicher Hochachtung, Eurer Excellenz ergebenst
gez. Dr. v. Bethmann Hollweg.

Man hat im Magdeburger Prozeß und in der deutsch-nationalen Presse dem Reichspräsidenten zum Vorwurf gemacht, daß er im vierten Kriegswinter im Hauptauschuß des Reichstages der Regierung zurief: „Wir sind am Ende unserer Kraft. . . .“

Damals war das Volk wirklich am Ende seiner Kraft, wie sich wenige Monate später aller Welt zeigte. Im Mai 1915 aber kündeten die Alldeutschen bereits die Revolution an, wenn die Regierung nicht als Kriegsziel die Annexion halb Europas erreichen werde.

Wo stehen da die wirklichen „Landesverräter“?

Gewerkschaftsbewegung

Der AFA-Bund zur Erwerbslosenfrage.

In der gestrigen Ausschussung des AFA-Bundes, über deren ersten Teil wir bereits berichtet haben, entwickelte sich im Anschluß an das Referat von Fritz Schröder über die Erwerbslosenfrage der Anwesenden eine längere Diskussion, in der von den Vertretern der verschiedenen Anstaltengruppen immer wieder die besondere Auswirkung der diesmöglichen Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt der Angestellten dargelegt wurde. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur besseren Fürsorge für die Stellenlosen gelangte die vom Referenten vorgelegte Denkschrift zur Annahme. Die darin gemachten Vorschläge besagen im wesentlichen folgendes:

„Zentralisation der gesamten Angestelltenvermittlung; Ausbau der Selbstverwaltung, Anmelde- und Benutzungszwang, Verbot von Chiffreanzeigen und Einführung des Sichtvermerks bei Anwerbung von Arbeitskräften durch Zeitungsinserate.

Befehlsmäßige Verabschiedung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, da die gegenwärtige Regelung der Erwerbslosenfürsorge bezüglich der Kosten und Pflichten bereits auf dem Versicherungsprinzip beruht, während die Leistungen nach armenrechtlichen Gesichtspunkten gewährt werden. Bis zur Verabschiedung wird eine Reform der derzeitigen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge nach folgenden Gesichtspunkten gefordert:

1. Der von der Erwerbslosenfürsorge zu erfassende Personenkreis ist auf den Personenkreis des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit Einschluß der Versicherungsstellen auszuweiten.
2. Anspruch auf Unterstützung haben alle erwerbslosen Personen die Beiträge entrichtet haben.
3. Die Unterstützungsdauer ist in den Berufsgruppen, wo die Unterbringungsunmöglichkeit besonders schwierig ist, zu verlängern.
4. Die Unterstützung muß so weit erhöht werden, daß sie zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes ausreicht.
5. Die Pflichtarbeit ist zu beseitigen, da sie unsozial wirkt und im Widerspruch zur Beitragsentrichtung steht.
6. Alle Notstandsarbeiten sind nach den tariflichen Vereinbarungen zu bezahlen.
7. Für das Reichsgebiet ist eine Reichsgefahrengemeinschaft unter Einwirkung der Selbstverwaltungsgremien der öffentlichen Arbeitsnachweise zu errichten.
8. Die Mittel zur Erwerbslosenfürsorge sind zu ein Drittel durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften aufzubringen.
9. Im Rahmen der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge ist eine Kurzarbeiterfürsorge einzurichten, deren Höhe sich bemißt nach der Zahl der ausgefallenen Arbeitsstunden. Für jede ausgefallene Arbeitsstunde beträgt die Unterstützung $\frac{1}{100}$ der für den Erwerbslosen bei voller Erwerbstätigkeit in Frage kommenden Unterstützung.
10. Die Unterstützungssätze für die erwerbslosen Frauen sind entsprechend den wiederholten Beschlüssen des Reichstages auf die Höhe der Unterstützungssätze der männlichen Erwerbslosen zu bringen.

Gegenüber der Not der älteren Angestellten wird besonders verlangt:

1. Erschwerung der Kündigung. Nachweis des Vorhandenseins eines wichtigen, auf Verschulden des Angestellten beruhenden Grundes.
2. Zahlung eines Abfertigungsgeldes, das sich bemißt nach der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre in einem Betrieb, und zwar für jedes angefangene Dienstjahr ein volles Monatsgehalt.

Die Forderung nach gesetzlicher Sicherung des Nachschubes, die Zulassung von Mehrarbeit nur bei Vorhandensein eines Tarifvertrages unter Zustimmung der Tarifvertragsparteien, ausreichendem Bezahlungsschutz und eingehenden Vorschlägen zur Umschulung und Berufsberatung stellt den Schluß des vom AFA-Bundesausschuß dem neuen Reichstag unterbreiteten Wirtschaftsprogrammes dar.

Anschließend folgte ein Referat von Kurt Heilig, Berlin, über

„Angestellte und Steuerreform.“

Der Referent wandte sich mit großer Schärfe gegen die Methode, die Steuererhebung in wachsendem Maße durch Verordnungen abzulösen, um sie damit dem Einfluß des Parlaments zu entziehen. In der Diskussion begründete u. a. Reichstagsabgeordneter Siebel nochmals die Notwendigkeit der Erhaltung der Steuerhoheit des Reiches, die eine wichtige Voraussetzung der durch die Reaktion bedrohten Reichseinheit darstellt. In der von Heilig vorgelegten und vom Bundesausschuß angenommenen umfangreichen Denkschrift wird vor allem verlangt:

- Sofortiger gründlicher Abbau der für die Volksgesundheit gefährlichen Abgabenlasten, im besonderen rasche Beseitigung der Umsatzsteuer.
- Sofortige Herabsetzung des steuerfreien Lohn- und Gehaltsbetrages auf monatlich 100 M., Herabsetzung der Lohn- und Gehaltssteuer von 10 auf 8 Proz.
- Sofortige Besteuerung der Inflationsgewinne durch einmaligen Vermögenssteuerzuschlag.
- Sofortige grundlegende Reform der Erbschaftsteuer.
- Sofortige Besteuerung der Auslandsgewinne.
- Schaffung eines Finanzausgleichs, der die Steuerhoheit des Reiches wieder herstellt und wahrt.
- Offenlegung der Einkommensteuerlisten nach amerikanischem und schwedischem Muster.

In der Nachmittagsung berichtete G. Rickert, Der Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnengenossen, Berlin, über die Lage, wie sie vom Bühnenvolksbund, der den christlichen Gewerkschaften nahesteht, neuerdings gegen die Bühnengenossenschaft eingeleitet hat. Er erklärte ausdrücklich, daß sich die Genossenschaft um die politische und weltanschauliche Färbung des Bühnenvolksbundes nicht kümmert und auch deren Generalsekretär, Herrn Gerst, nicht etwa bekämpft, weil er eine christlich-nationale Organisation leitet. Die Genossenschaft nehme vielmehr pflichtgemäß Stellung gegen die Leichfertigkeit, mit welcher der Bühnenvolksbund bei seinen Theatergründungen vorgegangen ist, und gegen das unsoziale Verhalten, insbesondere des Generalsekretärs Gerst gegenüber den engagierten Bühnemitgliedern. Rickert brachte im einzelnen die unwürdigen und unerträglichen Bedingungen zum Vortage, die den Künstlern und Künstlerinnen von jener Seite auferlegt werden. Der Kampf gegen solche aus unsozialem Geist und aus Unkenntnis des Theaters wie der Schauspieler entstandenen Dienstverträge sei eine Pflicht der Bühnengenossenschaft.

Der Arbeitsmarkt im November.

In der Zeit von Mitte bis Ende November hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 427 000 auf 436 000, d. h. um etwas über 2 Proz. zugenommen. Die Zunahme erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Hauptunterstützungsempfänger, während die weiblichen noch eine kleine Abnahme zeigen. Die Zahl der Unterstützten zu Ende November kommt ziemlich genau derjenigen zu Anfang des Monats gleich. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) hat sich ähnlich verhalten. Die Entwicklung entspricht im ganzen der Jahreszeit.

Existenzminimum und Arbeiterlöhne.

Wie die Metallindustriellen ihre Arbeiter bezahlen.

Die Hungertlöhne, die in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller den ungelerten Hilfsarbeitern gezahlt werden, liegen nach unseren Ermittlungen tief unter dem vom Berliner Statistischen Amt festgesetzten Existenzminimum. Einige Zahlen beweisen das unzweifelhaft. Der im Jahre 1914 vom Postzeipräsidium festgesetzte ortsübliche Tagelohn, der bei den Berechnungen der Krankenkassen angewandt wurde, betrug für eine dreiköpfige Familie pro Woche 24 M. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat die Leistung gegenüber dem Friedensstand mit 46,1 Proz. errechnet. Seht man nun den ortsüblichen Tagelohn als Existenzminimum — was den tatsächlichen Verhältnissen kaum entspricht — so ergibt sich für die heutige Zeit eine Steigerung des Existenzminimums von 24 M. auf 35,05 M. Die Löhne der Transportarbeiter der Metallindustrie bleiben weit hinter diesem Satz zurück. Das Bruttoeinkommen in der Klasse 5 beträgt 21,60 M. wöchentlich; es steigt sich beim höchsten Stundenlohn in Klasse 4 auf 24,96 M., wovon etwa 2,65 M. an Steuern und sozialen Lasten abgehen. An dem amtlich bestimmten Existenzminimum fehlen daher im ersten Falle 12,45 M., bei dem Arbeiter der vierten Klasse 10,09 M. Die genannten Löhne sind keine Ausnahmefälle. Der BMM ist in der Gewährung von Leistungszulagen sehr zurückhaltend; er entlohnt heute noch 65 Proz. seiner Transportarbeiter nach der geringsten Klasse und nur 35 Proz. nach den Sätzen der Klasse 4.

Die Gründe, die die Metallindustriellen für ihre Lohnpolitik bisher anführten, sind nicht stichhaltig, weil sie für alle anderen Gewerbezweige genau so gut zutreffen. Wenn der BMM bisher seinen Stolz darin sah, mit seiner Lohnrückerei an der Spitze zu marschieren, so wohl deshalb, weil Herr v. Borzsig, der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, auch im BMM der führende Mann ist.

Notwendige Gehaltsregelung im Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten wird heute neuerdings bei dem Reichsarbeitsministerium vorkommen, damit die neuen Gehaltsverhandlungen sobald als möglich stattfinden. Die Bankangestellten fordern grundsätzlich eine Gleichstellung ihrer Gehälter mit denen der Staatsbeamten, da früher in beiden Gruppen die Gehälter miteinander parallel gingen. Ferner fordern sie die durch die Inflation bedingten, früher aber allgemein üblichen Gratifikationen (Weihnachts- und Abschlussgratifikationen) in Höhe von 25 Proz. des Jahreseinkommens. — Den von den Bankangestellten geforderten Bankfeiertag am 27. Dezember hat der Reichsverband der Bankleitungen abgelehnt.

Der Schiedspruch, der von beiden Seiten abgelehnt wurde, brachte für die Bankangestellten nur ganz minimale Erhöhungen. Für die ersten fünf Jahre war gar keine Erhöhung vorgesehen, für die Zeit vom 6. bis zum 10. Jahre 4 Proz. und vom 11. bis zum 15. Jahre 7 Proz. Erhöhung auf die bisherigen Gehaltsätze. Im Bankpersonal werden zwei Gruppen unterschieden: die gewerbliche und die kaufmännische. Bei der gewerblichen beträgt das Anfangsgehalt rund 95 M. und als Höchstgehalt nach 15 Jahren 137 M. Beim kaufmännischen Personal beträgt in Gruppe I das Anfangsgehalt 101 M., das Endgehalt 157 M., in Gruppe II 118 M. bzw. 203 M., in Gruppe III 137 M. bzw. 249 M. Wenn die Bankangestellten bei solchen Bezügen keinen Tag länger auf eine Neuregelung ihrer Gehälter warten wollen, so ist das nur zu selbstverständlich.

Der Ruhrschiedspruch im Verbindlichkeitsverfahren.

BZV. meldet: Dem neuen Schiedspruch für den Ruhrkohlenbergbau vom 10. Dezember haben die beiden Tarifparteien ihre Zustimmung nicht erteilt. Der Reichsarbeitsminister wird nunmehr die Frage der Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruches von Amts wegen prüfen und hat die Parteien zur Anhörung auf morgen, Mittwoch, ins Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Gleichstellung der bisherigen Regie-Eisenbahner.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die Reichsbahndirektionen des besetzten Gebiets beauftragt, den Unterschiedsbeitrag im Dienstverdienst zwischen den Regiegehaltern und den deutschen Gehältern an die bei der Regie beschäftigt gewesenen Eisenbahnbeamten befalleneigentlich nachzahlen, so daß noch mit einer Auszahlung der Beträge vor Weihnachten zu rechnen ist.

Aus der bolschewistischen Parolenschmiede.

Die Unglückswürmer in der sogenannten Zentrale der KPD, der Moskauer Filiale für Deutschland, sollen mindestens jede Woche eine neue Aktion machen. In Moskau will man für sein Geld etwas sehen, sonst kommt die große Säge. Die jungen Leute machen zwar die verzweifeltsten Anstrengungen, allein schon bei den Vorbereitungen koppt es nicht immer. Rame es nur auf die Zusammenstellung von Parolen an, dann könnte es nicht fehlen. Es fehlen jedoch die Massen, die auf all die Parolen hereinfallen sollten. Sollten die kommunistischen Parteimitglieder allen Verpflichtungen nachkommen, die ihnen auferlegt werden, dann bliebe keinem mehr Zeit zur Erwerbstätigkeit. Sie müßten — soweit sie nicht als Abgeordnete gewählt werden — allesamt von der KPD festangestellt werden. Damit soll nur gesagt sein, daß auch die Ränne dieser „einzigen“ Partei nicht in den Himmel wachsen.

Was an der bolschewistischen Parolenschmiede noch von einzigem Interesse ist, das ist die Art ihrer Sache. Der Hauptapparat ist in Berlin. Da muß es doch ausfallen, daß die Parolen nicht mehr an Ort und Stelle ausgegeben werden, sondern auf dem Umwege über Provinzstädchen. Diese systematische Betätigung im Umherziehen, die Parolenschmiede als Wandergewerbe, offenbar nun gerade des, was sie verschleiern soll. Rämlich die Tatsache, daß die Ber-

liner KPD-Zentrale noch wie vor die Parolen fabriziert, ihre Herkunft jedoch in die Provinz zu verlegen sucht, damit man ihnen die Rache nicht schon auf zehn Meter Entfernung antehen soll.

Für die Berliner Kapediten bedeutet es geradezu eine Beleidigung, daß man nicht sie, sondern ihre Genossen in Gotha, Weisenfels usw. mit Forderungsparolen ins Vorberetrennen schießt. Gerade als ob die Berliner Bolschewisten nicht fordern könnten oder im Fordern zu reformistisch, nicht radikal genug seien! Dabei sind in Berlin doch auch „Massen“, große Massen. Dennoch, in Berlin hat die Sache einige Haken. Man kennt hier die Parolenschmiede und kennt längst auch die Parolen. Man bringt hier „die Massen“ nicht so leicht auf die Beine wie in Gotha oder in Weisenfels. Man hat außerdem in Berlin nicht den nötigen Einfluß auf den Vorstand des Ortsausschusses des AFD; man kann der Berliner Gewerkschaftskommission nicht befehlen die kommunistischen Parolen zu apparieren. Deswegen geht die KPD in die Provinz, nach Gotha und Weisenfels. Sie hält dabei auf Arbeitsteilung. In Gotha brachte sie ihre allgemeinen Lohnforderungen an. Weil aber der Gothaer Dreh durch ein Rundschreiben blockiert wurde und die Berliner KPD-Arbeiter sich nur zu einem peinlich kleinen Teil dafür „begeistern“ ließen, hat man die kommunistische Jugend in Weisenfels mobil gemacht, Forderungen für Jugendliche zu stellen.

Das „mitteldeutsche Jungproletariat“ soll jetzt gegen den Dames-Plan kämpfen, für die Einstellung jeglicher Entlassungen, die Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess und für verchiedene sonstige Punkte.

„Die kommunistische Jugend wird die Führung in diesem Kampfe übernehmen. Sie muß dabei von der gesamten Arbeiterschaft mit allen Kräften unterstützt werden.“

Die KPD-Zentrale kommandiert! Heißt nur noch, daß die Arbeiterschaft so lang, wie der Scholem pleißt.

Die Bolschewistenpresse in Deutschland versichert jeden Tag ihre Vorliebe für die Einheitsfront der Gewerkschaften. Dabei vergeht fast kein Tag, an dem dieselbe Presse den Gewerkschaften mit Forderungen in den Rücken fällt.

Die Drohzieher in der Zentrale der KPD, mühen sich denn doch bald sagen, daß die Gewerkschaften sich nicht von ihnen hineinreden lassen, daß sie zur Formulierung ihrer Forderungen keine Aufreißenden gebrauchen und der allzu ausdringlichen Vor mundschaftsbestrebungen der KPD, längst überdrüssig sind.

Anglo-bolschewistische Parzelbäume?

Amsterdam, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt zwischen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und den britischen Gewerkschaften über die Herstellung einer Einheitsfront der internationalen Arbeiterschaft durch Verhinderung mit der russischen Gewerkschaftszentrale hat eine Verschärfung erfahren. Der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Purcell, der seine kommunistischen Tendenzen niemals verleugnet hat und vor kurzer Zeit in Moskau ohne Vollmacht der Amsterdamer Internationale Verhandlungen führte, erklärte, daß, falls die Amsterdamer Internationale keine Anhalten mache, sich mit Moskau zu verfliegen, die britischen Gewerkschaften die Initiative für die Herstellung einer internationalen Einheitsfront ergreifen würden.

Es ist erstaunlich, wie sehr dem Bürger Stawrow und seinen Gehilfen das Spiel erleichtert wird, in die Reihen des Internationalen Gewerkschaftsbundes Zwietsch zu läsen. Genossen, denen jegliche Erfahrung auf dem Gebiet der bolschewistischen Einheitsfrontmachination mangelt, müssen wohl oder übel auf die jahrelangen, sehr unangenehmen Erfahrungen hingewiesen werden, die in Deutschland und verschiedenen anderen Ländern gemacht worden mußten.

Gompers' Nachfolger.

Wie eine Nachrichtenagentur aus New York meldet, ist James Duncan, der Vizepräsident der amerikanischen Gewerkschaften, an Stelle von Gompers zu deren Vorsitzenden gewählt worden. Es handelt sich dabei natürlich nur um eine vorläufige Regelung bis zum Zusammentritt des nächsten Jahreskongresses der amerikanischen Gewerkschaften.

Der Streik der Marmorarbeiter in Carrara dauert jetzt schon seit mehr als 6 Wochen an. Neuerdings haben die Arbeitgeber einen Schiedspruch abgelehnt. Die Faschisten erklärten daraufhin für Sonnabend den Beginn eines verschärften Generalfstreiks. Die Zahl der Ausständigen in Carrara beträgt vorläufig 16 000 Menschen.

Die Bergarbeiter in Pennsylvania stehen seit drei Wochen im Streik. Sie haben beschlossen, die Arbeit vorläufig nicht wieder aufzunehmen. Der Schaden, der bisher aus diesem Streik erwachsen ist, beträgt 1 800 000 Dollar. Aus diesem Betrag konnten die Lohnansprüche der Bergarbeiter geraume Zeit erfüllt werden.

Deutscher Verkehrsband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Auf Befehl der Generalversammlung soll auch in diesem Jahre den arbeitslosen Verbandmitglidern eine Weihnachtunterstützung gezahlt werden. Diese beträgt:

Nach einer Beitragsleistung von 15 bis 60 Wochen 2 M., nach einer Beitragsleistung von 61 bis 150 Wochen 3 M., nach einer Beitragsleistung von mehr als 150 Wochen 4 M.

Unterstützungsberechtigt sind alle arbeitslosen Mitglieder, die bis zum Tage der Auszahlung der Unterstützung 15 Wochen Beiträge entrichtet haben und seit dem 1. Dezember d. J. mindestens 2 Wochen nachweisbar arbeitslos sind. Anspruch auf die Unterstützung haben ferner die bereits ausgewerteten nicht unterstützungsberechtigten arbeitslosen Mitglieder, sofern die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Ausschüttung der Weihnachtunterstützung erfolgt vom 15. Dezember 1924 ab in der Zeit von 6-9 Uhr im Zimmer 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/26, Eingang B part. Die Bezirksverwaltung: J. K. D. Detmann.

Deutscher Verkehrsband, Betriebsräte, Arbeiterräte aus den Branchen: Technisches Bühnenpersonal und Wächter aus den Bühnen- und Schlichterhöfen, Bühnenpersonal und Wächter aus den Bühnen, Rittwoch, vormittag 9½ Uhr, im Zimmer 4, Eingang B part., Engelauer 24/26, Betriebsräteausweis 1924 legitimiert.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Schäfer; Revision: Dr. John Schillemann; Volles und Sonntags: Fritz Schäfer; Revision: Dr. John Schillemann; Volles; Verlag: Formica-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formica-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin S.W. 6, Lindenstraße 2, Stern 2 Schlags.

BRONCHIOL
Wenn Husten, Heiserkeit Dich plagt,
So nimm „Bronchiol“, das nie versagt!
Deutschlands führendes Hustenpräparat
Erhältlich in allen Apotheken und besseren Drogerien.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18.
Norden 9296. Säle frei!

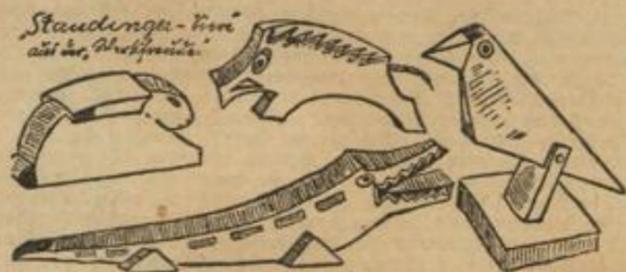
Ganz unentbehrlich bei **Weihnachts-Gebäck**
ist der erfahrenen Hausfrau und Köchin das albewährte, reine Kokosfett
★ **Palmmin** ★
Nur echt in der Originalpackung der Palmmin-Werke H. Schlinck & Cie A.G. Hamburg

Womit das Kind spielen soll.

Das Weihnachtsfest läßt die Spielzeugfrage wieder einmal hervortreten. Sie ist schwieriger und bedeutender als viele glauben, aber sie ist auch schon in weit größerem Maße gelöst, als es allgemein bekannt ist. Man sollte sich mehr mit diesen nur scheinbar nebensächlichen Dingen beschäftigen, denn wenn auch im allgemeinen im einfachen Haushalt nicht viel Geld für Spielfachen, Wanderschmuck usw. übrig bleibt, so darf hier doch gerade das Beste, das durchaus nicht immer das Teuerste ist, gerade gut genug sein. Im Entwicklungsgang des Kindes vom unvernünftigen Wesen bis zur körperlichen und geistigen Reife hat das Spielzeug eine Hauptrolle inne; Wahllosigkeit seiner Auswahl ist Planlosigkeit der Erziehung. Trotz zahlreicher gesunder Gegenbestrebungen, besonders in der Jugendbewegung aller Richtungen und in pädagogischen Kreisen, ist der Kitsch heute wohl fast ebenso verbreitet wie vor dem Kriege; wer sein Kind lieb hat, wer sein Heim nicht mehr nach der Preisrätselformel „Schmücken“ will, räumt mit diesem „Antikulturin“ endlich auf.

Das „Geschenke“.

Mit Liebe soll geschenkt werden, denn Schenken ohne Liebe nennt man besser „Spendieren“. Liebe ist aber zum großen Teil Verstandnis, und in der Tat, nur wer ein Kind wirklich versteht, kann es tief lieben. Es ist nicht eine Irrige, es ist eine verborgene Anschauung, daß das Kind etwas „Fertiges“ haben will. Alle Eltern werden es schon mit Staunen erlebt haben, wie die fein angezogene Puppe nach kurzer Zeit in die Ecke geworfen wurde und wie dafür irgendein paar äußerlich reizvolle Boufflöcher Stundenlang Beschäftigung gaben. Das Kind will sich beschäftigen! Am fertigen „Ding“ kann



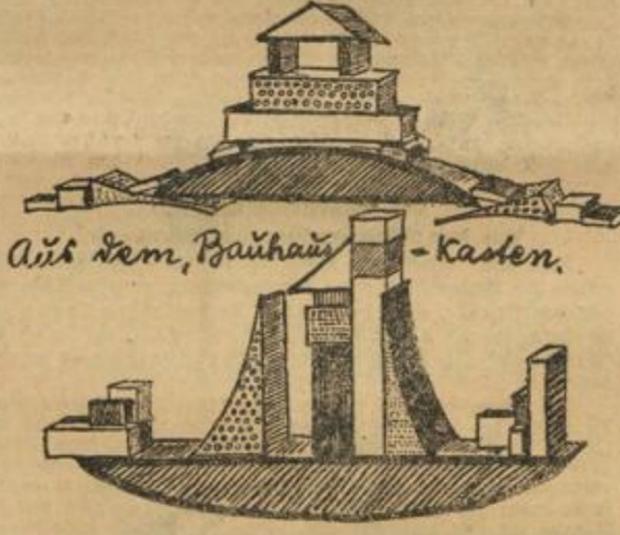
sich die Phantasie nicht regen, und wenn das Spielzeug von wohlmeinenden Erwachsenen noch so fein erdacht und konstruiert ist, es muß mit der Zeit langweilig werden, weil es zur anregenden Eigenbeschäftigung keine oder doch nur sehr geringe Gelegenheit gibt. Nur so ist es zu erklären, daß gerade die Kinder, die „alles“ haben, sich häufig langweilen, unzufrieden sind und ihre Tränen zum Ärger der womöglich noch prüfenden Gouvernanten reichlich fließen lassen. Wenn dann der „liebe Bruder Weimerich“, nicht nur aus dem Bilderbuch, sondern aus dem Leben wohlbekannt, in seinem Betätigungsdrang schließlich das dümmste Zeug anstellt, dann nennt man ihn „boshaft veranlagt“. Die Mutter ruft nach dem Kessenerz, der Vater greift nach dem Stief. Was sich dann abspielt, nennt man zart genug „eine Szene“. Und doch ist das alles nicht nötig, schenkt man dem Kinde wenig aber Vernünftiges. Damit Phantasie einerseits und ordnender Geist andererseits sich regen können, ist Spielzeug in möglichst einfachen und einprägsamen Formen aus haltbaren und gut sich anführenden Rohstoffen in lebhafter, aber nie unharmonischer Farbgebung notwendig — eine Forderung, die Verantwortungsbewusste schon lange erkannt, die praktisch zu verwirklichen nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ihnen schwer möglich war. Wo das Geld fehlt, fehlt's meistens an Verantwortung — mit anderen Worten: planlose Wirtschaft hat gar keine oder nur planlose Kulturpflege zur Folge. Aber das neue Spielzeug kommt! Käufer, gendend daß jeder sich „einreden“ kann, steht man jetzt in der greßen Ausstellung im Gewerkschaftshaus und ferner bei der unternehmungslustigen „Werkzude“ in der Potsdamer Straße. Wer zu der „Werkzude“, die auch in der Gewerkschaftshausausstellung ihren Stand haben, seine Kinder mitbringt, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, darf sie dort ruhig spielen lassen; die übliche Drohung „Berühren verboten!“ ist nirgends zu sehen.

Ha — wie „modern“!

Neuartig sieht's freilich aus, was da von Künstlerhand geschaffen und „auf den Weihnachtsmarkt geworfen“ wurde — Werfen schadet übrigens nichts, das neue Spielzeug ist nicht zerbrechlich —, aber wenn man sieht, wie begeistert sich die Kinder mit allem abgeben, dann wird auch der bedenklichste Jugendlehrer kein Italienscher mehr sein. Da sind zunächst einmal die drolligen Puppen von Karl Staudinger, dem tatkräftigen Sonneberger Industriefabrikdirektor.



„Aus derdem Holz geschnitten“ sind sie im wahren Sinne des Wortes, nun, so läßt sich auch das republikanischste Kind einen König gefallen, dem die Krone nicht wechelt. „In Vorbereitung“ befindet sich sogar ein „neuer Tod“, der längst nicht so gruselig sein soll wie sein Vorgänger. Auch die Staudinger Tiere gefallen jedem: ihre besondere Eigenart ist die stete Herausarbeitung der charakteristischsten Linie. Schon für 10 Pf. kann man sich da eine hölzerne Weihnachts-gans kaufen — wer sintet solchen Preisen nicht ein Preislied? Nicht übermäßig verteuert die Farbe, deren Zweck immer nur Verschönerung des Gegenstandes, aber niemals Vorkaufschung „besseren“ Materials sein soll. Und wie hygienisch ist doch solch eine Staudinger Figur! Vor allen Dingen kann man sie im Gegensatz zur Stoffpuppe, dem idealen Bazillenträger, abwaschen. Das gleiche gilt von verschiedenen anderen Erzeugnissen, vor allem aber von der Produktion des Oropiuschen Bauhauses in Weimar, dessen Betretung die „Weltfreude“ übernommen hat. Grundfährlich wird vermieden der „fertige“ Gegenstand, der höchstens ein Spielzeug für Erwachsene abgeben könnte, man strebt vielmehr zu Formen, die nach Art und Material das Kind zur eigenen schöpferischen Tätigkeit veranlassen. In alle Kreise der „Bauhaus-Kreisel“, der „Schlager der Saison“!



Ausig dreht sich der dreifach Anfahrerte, und die buntesten Ueberfahrungen gibt es mit Hilfe greifbarer Ringe obendrein. Sogar „Farbenschere“, also ganz ernste Wissenschaft, kann man bei dieser Gelegenheit studieren — alles für 50 Pfennig! Auch Kugelspiel und Schiffsbaukasten können ein Kind stundenlang erfreuen, und das abwechslungsreiche Kub'colo ist genau so bunt und unterhaltend wie sein Name. Schließlich sei auch noch für die großen Kinder das zweckmäßige Bauhaus-Schach von Hartwig erwähnt; wer es sieht, ist zuerst hilflos, später begeistert.

Technisches Spielzeug.

Das technische Spielzeug ist auch in diesem Jahre auf der besten Höhe oder besser Liebe wie in den vergangenen Jahren. Die Preise, die schon im vergangenen Jahre auf Goldmark basierten, lassen keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahre erkennen. Lediglich bei dem teureren Spielzeug macht sich eine leichte Besserung in der Güte bemerkbar. Die Eisenbahnen, Lokomotiven, Wagen, Bahnhöfe, Signalanlagen usw. weisen dieselben Fehler auf, die wir schon mehrfach kritisiert haben. Beim Durchschreiten der Eisenbahnausstellung in Seddin hatten unsere Spielzeugingenieure die beste Gelegenheit, die Formen der in der Wirklichkeit laufenden Eisenbahnen zu studieren. Vielleicht macht sich die bei dieser Ausstellung geleistete erhebliche Arbeit in einigen Jahren auch in der Spielzeugtechnik bemerkbar. Es ist geradezu ein toller Anflug, wenn eine Dampflokotive, die zum Preise von 6,75 M. angeboten wird, rechts und links je einen Dampfzylinder trägt, die lediglich Attrappe sind, während im Führerhaus die eigentliche Dampfmaschine mit dem berühmten Plekelpfzylinder untergebracht ist. Die billigste Eisenbahn, wenn man von ganz minderwertigem hölzernen Spielzeug absteht, kostet 2,75 M. Dabei wird ein Wagen, ein Tender und eine Lokomotive,



aus Blech gestanzelt, geliefert. Als Reueheit möge ein Eisenbahnzug aus Holz, dessen fünf Wagen und eine Lokomotive fest miteinander verbunden sind, so daß das Ganze wie eine Schlange über den Erdboden dahinfährt, erwähnt werden. Dieses hölzerne Spielzeug kostet 2,50 M. Es ist nur zu bedauern, daß die Lokomotive insbesondere hinsichtlich der Räder eine geradezu phantastische Form aufweist. Bahnhöfe, Signalanlagen usw. sind in Preislagen von 7 bis 50 M. und noch darüber zu haben. Auch hier wieder ist zu bemerken, daß die aus Blech gestanzelten Teile mit Türen und Fenstern bemalt sind, so daß das Ganze nichts anderes ist als Vorpiegelung falscher Tatsachen. Für unsere Jugend sollte das Beste gut genug sein; und es wäre vorzuziehen, solches Spielzeug statt zu kaufen mit gelingem Mitteln selbst herzustellen. Gerade im Proletariat gibt es sehr viele, die über ausgezeichnete handwerkliche Geschicklichkeiten verfügen. Sie erwerben sich ein Verdienst daran, wenn sie ihren Kindern selbst hergestelltes dauerhaftes Spielzeug an Stelle dieses Kitsches beschaffen. Auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaues konnten wir schon im vergangenen Jahre eine erfreuliche Besserung feststellen. Natürlich sind die guten Modelle nur für das laienmäßige Publikum zu empfehlen, aber die Laufende von Kindern, die diese oft wirklich ausgezeichneten Maschinen sehen, bilden ihren Geschmack und bekommen ein Augenmaß für das Wertvolle und minder Wertvolle. Das billigste Dampfmaschinenmodell kostet 2,90 M. Ganz nett ausgeführt mit stehendem Kessel und an die'en montierte Dampfmaschinen sind etwa für 40 M. zu haben. Sehr gute Maschinen verschlingen schon das Vierjahresseinkommen eines Durchschnittsarbeiters. Sie kosten 200 M. und mehr. Elektromotoren, Dynamos sind schon von 2,50 M. an zu haben und können in dieser Preislage bereits als Demon-

Der Mittelweg.

51) Von Sir Philip Gibbs.
Das Licht ertösch knisternd. Er strich ein Bündel Holz an, ergriff den Briefumschlag mit Joyces Handschrift und tastete sich hinaus.
Der junge Bauer hatte auf ihn gewartet und starrte ihn verwundert an mit eigentümlichem Lächeln im Blick. „Komisches Leben damals, wie? Gute Augenblicke dabei, und oft so traurig. Donnerwetter! Ich muß manchmal lachen, wenn ich an alles denke, das Blut, den Tod, die Läuse, den Schmutz besonders!“
„Möchten Sie es noch einmal durchmachen?“
Er zuckte die Achseln. „Um das Vaterland zu retten, ja. Gerne nicht. Aber was sonst. Wenn die Deutschen wieder angreifen, wird sich Frankreich wieder schlagen.“
„Werden sie denn wieder angreifen?“
„Aber natürlich! Sie wollen doch ihre Revanche haben. Sobald sie wieder bei Kräften sind, kommen sie zurück. Es liegt in der menschlichen Natur, Monsieur.“
„Kann denn Frankreich noch einen Krieg aushalten?“
Der junge Bäcker starrte zu dem jetzt so sicheren Bourlon-Wald hinüber. „Allein nicht. Aber wir haben ja Polen, Serbien, die Tschechoslowakei.“
„Und England?“
Der Mann sah Bertram unsicher an. „Das kann Monsieur mir vielleicht besser sagen.“
„Und was denken Sie selber?“
Wieder zuckte der junge Franzose die Achseln: „England wird tun, wobei es am besten fährt. Industrie und Handel sind ihm Hauptsache. Das ist nun einmal der englische Charakter. Jähe Kunden, wie?“
Als Bertram ihn erinnerte, wie viele Kämpfer England zur Hilfe geschickt hatte, wie Englands beste Jugend in Frankreichs Erde ruhte, und fragte, ob das jähres Handel oder nicht vielmehr Selbstopferung um der Ehre willen gewesen wäre, antwortete der Landmann: „Die Deutschen waren ja Englands Konkurrenten und die deutsche Flotte eine Drohung für Großbritannien. Nicht wahr?“
Bertram sah neben ihm auf einem Erdhügel, teilte seine Begehrung mit ihm und bemühte sich in ehelicher Ergriffenheit, ihm klarzumachen, daß es seinen Anteil an ungeheuren Kriegskosten und idealem Heldentum beigesteuert hätte.

Der junge Bauer hörte ihn geduldig, aber ein wenig spöttisch an: „Monsieur ist Idealist.“ Nach dieser Kriegserfahrung noch? Er selbst war Realist. Väter und einzelne kämpften für ihr eigenes Interesse, um ihre Haut zu retten, für ihr Land, für ihre Frauen. Auch aus Revanche, aus Haß, aus Rivalität, um Handel und Gebiet zu schützen. Und es war natürlich, war stets so gewesen und würde niemals anders werden.

In diesem jungen Landmann erblickte Bertram den Typus des Franzosen, die eigentliche Seele Frankreichs. Solche Männer hatten Jahrhundert hindurch auf diesem Boden für ihr Land und ihre Frauen, für Eroberungen, für Stolz auf ihr Vaterland gekämpft. Sie waren überannt, gequält, vernichtet worden. Aber sie hatten ihr Leben immer zwischen Pflug und Schwert geteilt. Der Friede war ihnen nur ein Zwischenpiel, entweder, wenn Frankreich zu schwach, in der Defensive, oder sehr stark, in der Offensive gewesen war; so war es in der Beschränkung oder Erweiterung des Landes, als Kaiserreich oder als Republik gewesen.

Die französische Mutter, die ihr Bündnis wogte, wußte, daß ihr Sohn dereinst in die Schlacht marschieren würde. Der Junge wußte, daß er als Mann das Elternhaus mit der Kaserne ver.auschte, um das Soldatenhandwerk zu lernen, wie er einst das Bauernhandwerk gelernt hatte. So war es stets gewesen, unter den Valois, unter Heinrich IV., unter Napoleon und immer, bis 1918, mit kurzen Ruhepausen, bis die Bündnis vermarbt und neue Generationen herangematen waren. „Das war immer so und wird nie anders werden.“

Bertram sah den Mann verstoßen an. Fünfunddreißig vielleicht, ein starkes hartes Profil, frische Gesichtsfarbe, blonder Schnurrbart. Ein Nordfranzose. Eher teutonisch als lateinisch. Der typische Poilus der Picardie, Normandie und Artois.
„Frankreich kann keinen neuen Krieg aushalten,“ sagte Bertram. „Es würde sich verbluten. Muß es denn immer Streit geben? Warum verträgt ihr euch nicht mit den Deutschen?“

Der junge Mann lachte laut und spuckte aus. „Freund mit den Boches? Verträgt man sich mit einem ausgehungerten Tiger? Kann man ihn nicht gleich töten, so gräbt man einen Graben ums eigene Haus und hält die Flinte bereit. Es gibt auch noch einen anderen Weg. Man beschneidet ihm die Klauen und jagt ihn in den Käfig. So machen wir's jetzt mit Deutschland.“

„Und wenn der Tiger ausbricht, und seine Klauen wieder gewachsen sind?“

„Dann ist immer noch die Flinte da.“

„Und wenn sie rostet?“

„Ja, dann bekommt der Tiger seinen Fraß. Aber ein Narr, der seine Flinte rosten läßt.“

„Wenn sie zerbricht, und kein Geld für eine neue da ist?“

„Das ist ein Unglück. Dann hat der Tiger gewonnen.“

Er war ein Fatalist. Und er setzte voraus, daß der Deutsche von Natur ein Tiger ist. Stimmt das? Bertram dachte an all die deutschen Gefangenen, die er in Kriegszeiten gesehen, auch wohl selbst gemacht hatte, einfache blondhaarige junge Bauern, die den Krieg hielten und den Frieden liebten, und die Werte und Künste und Arbeiten des Friedens. Nicht Soldaten aus Trieb und Leidenschaft, wie die Franzosen, sondern aus Zwang, aus Disziplin, aus Sentimentalität; tapfer, tüchtig, gehorlam, aber ohne Feuer. Rein, das waren keine „Tiger“, soweit er sie kennengelernt hatte, sondern ziemlich schüchterne, ruhige Jungens. Es war nicht unmöglich, daß sie die Hoffnung auf Revanche gegen Frankreich aufgeben würden, wenn Frankreich dafür auf seinen leidenschaftlichen Haß, seinen übertriebenen Forderungen von Strafe und Bezahlung, sein Pfund Fleisch verzichtete.

Aber mit diesem Landmann zu diskutieren, war ausichtslos, trotzdem er eine klare Intelligenz und, wie die meisten Franzosen seines Standes, eine außerordentliche Gabe des Wortes besaß.

„England ist ein guter Freund,“ sagte Bertram am Ende der Unterredung. „Zwischen England und Frankreich darf es niemals Grund zum Streit geben. Dann würden die Toten aus ihren Gräbern steigen.“

Dann schüttelten sie sich die Hände, und der junge Franzose lächelte ihm zu. „Auf Wiedersehen, Kamerad! Ich mag den Krieg nicht, genau wie du. Aber was kann man tun? Wemms kommt, kommt es eben.“

Schreckliche Philosophie. Für diesen Bauern war der Krieg so unvermeidlich wie Regengüsse und Dürre, Erdbeben und Blizschlag. Und der Deutsche blieb der Deutsche — die blonde Bestie. Die schmutzigen Boches!

Bertram war froh, in die Wärme der hölzernen Schenke zurückgekommen. Ein ungeheuer dicker Franzose begrüßte ihn herzlich. „Monsieur wird hungrig sein! Meine Frau hat ein schönes Huhn gebraten.“

(Fortsetzung folgt.)

fraktionsobjekt dienen. Schiffe sind in sehr guten Ausführungen in vorbildlicher Weise hergestellt, daneben finden wir immer noch die billige aus Blech gefertigten „Dampfer“, die man schon für 88 Pf. kaufen kann. Das beste Spielzeug erscheint in den Baukästen. Der gute altbewährte Koffer-Baukasten ist in den Preislagen von 3 bis 60 M. vorrätig. Die Gleitbaukästen, auf die wir bereits im vorigen Jahre hinwiesen, sollten die Aufmerksamkeit der Eltern erregen, die ihren Kindern ein Spielzeug geben möchten, bei dem der Beschäftigungsgrad in hervorragender Weise gefördert wird. Vom Stein bis zum fertigen Baumwerk stellt der kleine Baumeister sein Kunstwerk selbst zusammen. Diese Baukästen sind schon von 2,50 M. an zu haben. Allerdings kann mit diesen billigen Formen nur sehr primitives geschaffen werden. Endlich sind in diesem Zusammenhang noch die Radio-Baukästen zu erwähnen, aber hier wäre zu wünschen, daß gründliche Schulung und Ausbildung der Handfertigkeit der Kinder von vornherein diesen Baukästen überflüssig machte und daß das benötigte Grundgerät aus einfachen Stoffen von ihnen selbst erzeugt werde, soweit es sich um einfache Detektorapparate handelt.

Die Staakener Meineidsaffäre.

Die Aussage Dr. Jehners — Eid gegen Eid.

Unter großem Andrang des Publikums begann gestern früh der zweite Teil des Staakener Meineidsprozesses, der durch die Verurteilung des früheren Stadtrats Eggert aus Spandau zu zwei Jahren Zuchthaus erhebliches Aufsehen erregt hatte und in der Öffentlichkeit zu lebhaften Auseinandersetzungen führte, ob die Verurteilung zu Recht oder zu Unrecht stattgefunden habe.

In dem neuen Prozeß wird gegen die Pflegeschwester im Säuglingsheim in Staaken, Mathilde Meyger, ebenfalls wegen Meineids verhandelt. Die Angeklagte war erkrankt, so daß das Verfahren gegen sie auf direktes Verlangen Eggerts abgetrennt wurde. Die Angeklagte Meyger ist in ihrer Heimat in Württemberg verhaftet und nach Raabitz übergeführt worden. Wie erwähnt, war die Meineidsaffäre aus einem Dorfplatz hervorgegangen. Eine frühere Nachbarin der Gemeindegemeinschaft im Säuglingsheim, eine Frau Beermann, hatte das Gerücht verbreitet, daß Stadtrat Eggert der Gemeindegemeinschaft nächtliche Besuche mache. Die Schwester Mathilde hatte daraufhin Privatklage erhoben. Im Laufe des Verfahrens hatte die Staatsanwaltschaft aber im öffentlichen Interesse die Anklage aufgenommen. Das Schöffengericht Spandau und die Berufungskammer in Raabitz hatten jedoch beidermal Frau Beermann freigesprochen, und es war dann gegen Stadtrat Eggert und die Schwester Mathilde Meyger Meineidsklage erhoben worden. Beide hatten in drei Terminen geschworen, daß Eggert niemals nachts in der Wohnung der Schwester gewesen ist, insbesondere niemals in den Jahren 1921 und 1922. Die Angeklagte Meyger, eine 37jährige Frau, bestreitet jede Schuld. Sie erklärt: „herr Eggert hat mich 1920 während meiner Krankheit einmal abends besucht; seitdem ist er nie wieder bei mir gewesen. Das habe ich beobachtet, und das ist auch wahr.“ Die Angeklagte Mathilde Meyger bleibt auch bei ihrer weiteren Vernehmung mit aller Entschiedenheit dabei, daß die Behauptung der Frau Beermann unwahr sei. Stadtrat Eggert sei niemals nachts bei ihr in der Wohnung gewesen. Einmal habe sie der damalige Redakteur und jetzige Bürgermeister Jehner, als sie gemeinsam aus Spandau heimkamen, in ihre Wohnung hinausgebracht und noch ein Glas Tee getrunken. Ein anderes Mal sei ein Ehepaar Eder oben gewesen, niemals aber der Stadtrat. Wenn sie nicht ein reines Gewissen gehabt hätte, würde sie die Privatklage gegen Frau Beermann nicht angestrengt haben. Landgerichtsdirektor Dransfeld hielt der Angeklagten vor, daß ein Ehepaar Göttemann und ein Zeuge Wittenburg ebenfalls Eggert frühmorgens aus dem Hause kommen gesehen hätten. Die Angeklagte erklärt, daß sie immer nur wiederholten, fände, daß Eggert seit 1920 nicht mehr im Säuglingsheim gewesen sei. Die Zeugen wählten sich trenn. Auf weiteres Befragen der Rechtsanwältin Bindar und Dr. Johann erklärt die Angeklagte, daß die ganze Sache gegen sie ein Raffestrick sei, das von Dr. Kornfeld inszeniert worden sei, der sie aus Staaken hinausbrachte und unglücklich machen wollte. Rechtsanwält Dr. Becker beantragte, die Eheleute Eder zu laden, daß sie am dem Tage, an dem Eggert angeblich bei der Angeklagten gewesen sei, bis 4 Uhr morgens in der Wohnung gewesen seien. Der Vorsitzende wußte das als wahr unterstellen. R. A. Bindar hält aber eine Gegenüberstellung der Zeugen mit der Hauptbelastungszeugin zur Prüfung der Glaubwürdigkeit für dringend geboten. Das Gericht lehnt aber den Antrag ab, weil diese Tatsache als erwiesen angenommen werden könne. Der Zeuge Kopp aus Staaken stellt der Angeklagten ein günstiges Zeugnis aus. An dem Tag, an dem sie im Säuglingsheim in Staaken daran geschäftig gewesen, daß allerlei Redereien über die Angeklagte im Umlauf waren. Das sei alles von Dr. Kornfeld und Weiser, die ihr nicht wohlgefallen waren, ausgegangen. Die Angeklagte habe selbst jedoch erzählt, daß man ihr nachgesagt habe, Eggert sei die Nacht bei ihr gewesen. Diese Redereien seien losgegangen, als auf Veranlassung der Angeklagten ein zweiter Arzt nach Staaken kam.

Sodann wird unter großer Spannung die Hauptbelastungszeugin, Frau Beermann, aufgerufen. Sie lebt mit ihrem Mann, einem Schlosser, in Scheidung. Die Ehe ist in erster Instanz wegen Verhöhnens der Frau infolge Eheverletzung geschieden worden. Die Zeugin befindet sich folgendermaßen: In der Nacht vom 15. zum 16. Februar kam mein Mann nachts gegen 1 Uhr nach Hause, weckte und fragte mich, ob Eggert wieder in Staaken sei, er habe ihn auf dem Bahnhof gesehen und gehört, daß er nach der Schwester Mathilde gefragt habe. Kurze Zeit später habe sie gehört, daß die Schwester nach Hause kam und daß ihr jemand folgte. Gegen 3 Uhr nachts sei das Licht auf dem Treppenhall eingeschaltet worden, und die Schwester sei leise die Treppe hinuntergegangen. Sie, die Zeugin, sei zur Flurtür gelaufen und habe durch die Briefkastenklappe gesehen, daß Eggert nachfolgte. Dann sei sie zum Fenster geeilt und sah Eggert das Haus verlassen. Auf der Straße habe Eggert noch einmal hinaufgesehen zu der Schwester, die leicht beleidigt am Fenster stand. Sie habe ihren Mann sofort geweckt, er wollte aber nicht aufstehen. Vor: In diesem Tage soll Jehner oben gewesen sein. Zeugin: Ich habe Eggert deutlich erkannt. Jede Vernehmung ist ausgefallen. Die Zeugin will dann Anfang und Mitte März noch zwei bis dreimal Eggert gesehen haben. Vom Fenster aus sah sie, daß Eggert frühmorgens am Hause entlang ging. Die Daten kann sie jedoch nicht angeben. Die Wertetätiger machen darauf aufmerksam, daß die Zeugin früher bestimmte Angaben gemacht habe. Es werden dann der Zeugin auch von der Beteiligung scharfe Vorhaltungen gemacht und versucht, sie in Widersprüche zu verwickeln. Die Zeugin muß angeben, daß sie auch nach in ein anderes Vernehmungserfahren verwickelt gewesen sei. Der Obermann, Paul Beermann, bestätigt, daß seine Frau ihn eines Nachts geweckt habe mit dem Bemerkung, daß Eggert soeben von der Schwester weggegangen sei. R. A. Dr. Johann: Ist es richtig, daß Sie Ihrem Mann in Ihrem Eheverletzungsprozeß gesagt haben: Ich

könnte noch schärfer gegen meine Frau vorgehen, ich will sie aber schonen. Zeuge: Rußig darauf antworten: Vert. Das genügt mir schon. Auf weitere Fragen sagt der Zeuge, daß seine Frau es mit ihren Worten nicht genau nehme, daß er den Eindruck gehabt habe, daß andere Kräfte mitgewirkt hätten. Bürgermeister Dr. Jehner bekräftigt, daß er nach einer Bezirksverammlung Mitte Februar 1921, an die sich ein Bierabend im Ratskeller in Spandau angeschlossen hätte, gemeinschaftlich mit vorliegenden Herren und Damen nach Staaken zurückgefahren war. Die Angeklagte und Stadtrat Eggert waren in demselben Abteil. Eggert habe sich aber auf dem Bahnhof verabschiedet, um sich zu seiner Frau, mit der er sich damals ausgesöhnt hatte, zu begeben, während der Zeuge die Angeklagte nach ihrer Wohnung begleite. Dort habe er sich bis gegen 3 Uhr aufgehalten. Die Angeklagte habe ihn darauf die Treppe hinuntergelassen und hinausgeschickt. R. A. Dr. Johann hält diese Aussage der Zeugin Beermann vor, die jedoch dabei bleibt, daß derjenige, den sie gesehen habe, Eggert gewesen sei. Auf eine Frage von R. A. Dr. Bindar erklärt der Zeuge Jehner, daß es sich bei seinem nächtlichen Besuch um die Nacht vom 15. zum 16. Februar gehandelt habe. Nicht Eggert, sondern er sei bei der Angeklagten gewesen.

Die Rechtsanwältin Bindar und Johann betonen daraufhin, daß dieses eine Wendung in dem Meineidsverfahren sei. Durch diese Angabe sei die wichtigste Feststellung im Urteil widerlegt worden. Es wurde im Anschluß daran die betreffende Stelle im Bordenurteil verlesen, und es ergibt sich daraus, daß dieses Urteil davon ausgeht, daß Dr. Jehner das Datum nicht genau angeben können. R. A. Dr. Bindar: Es geht also Eid gegen Eid. Gibt die Zeugin Beermann vielleicht die Möglichkeit eines Irrtums zu? Zeugin: Ich bleibe bei meiner Aussage. Es ist Eggert gewesen, nicht Dr. Jehner. Die weitere Beweisaufnahme brachte keine wesentlich neuen Momente. Die Verhandlung wird am heutigen Dienstag fortgesetzt.

Moscheen in Berlin.

Die Ruine am Bahnhof Wiltshafen.

Am Bahnhof Wiltshafen liegt zurzeit eine Ruine eigener Art. Seit Monaten ragen dort unvollendete Spitzbögen empor, leere Fensterhöhlen blicken aus Straße und Bahnkörper, von Wänden unterbrochene Wände verschiedener Höhe verkünden die Unvollendung. Es sind die Ruinen der Ahmadija-Moschee, des sogenannten Gotteshauses einer aus Indien stammenden mohammedanischen Sekte. Die an die bereits erfolgte Niederlegung des Propheten glaubt, dessen Nachfolger in Indien lehrte. Die Zahl der in Berlin wohnenden Anhänger dieser Sekte dürfte nicht allzu beträchtlich sein. Eine größere Anzahl von ihnen wohnt in London, wo sich auch die europäische Zentrale der Sekte befindet. Der Grundstein zu der Berliner Moschee wurde im Vorjahre gelegt. Bereits hierbei kam es zu Zwischenfällen, da Ägypter und Araber, die die Moschee für eine englische Gründung hielten, protestierten und durch Besitztümer entfernt werden mußten. Der Weiterbau der Moschee wurde dann von der Inflation überrollt und gestoppt und mußte schließlich wegen Mangels an Mitteln völlig aufgegeben werden, mit ihm der Bau von daneben stehenden Wohnhäusern für den Priester usw. Nachdem nun die Ruinen lange gestummert und weiter verfallen waren, soll nunmehr wieder neues Leben aus ihnen erblühen. Der Besitzer des Grundstücks, die Ahmadija-Gemeinde, steht dicht vor dem Verkaufsschluß zum mindesten eines Teiles des Geländekomplexes. Mit dem Erlös soll der Bau einer kleineren Ahmadija-Moschee auf dem Rest des Grundstückes erfolgen. Gelangt dagegen das gesamte Terrain zum Verkauf, so soll eine Moschee an einem andern Platze der Reichshauptstadt entstehen. Da auch der Bau der andern Moschee am Fehrbelliner Platz richtig fortgeschritten, wird in Berlin demnächst von zwei Stellen der Muezzin vom schlichten Minarett herab die Moslem zum Gebet rufen.

Dr. Kagenellenbogen.

Aus dem Sündenregister eines Abenteuerers.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Pichterfelde stand gestern die Verhandlung gegen den berühmten amerikanischen angeklagten Arzt Dr. Edwin Maria Kagenellenbogen an. Er hatte sich in 27 Fällen wegen Betruges, Urkundenfälschung, Diebstahls und Körperverletzung zu verurteilen lassen.

Die Körperverletzung, die zur Verhandlung stand, bezog sich auf die Gattin des holländischen Kolonialpostretiriers van Brink, die „Kagen“, wie sie ihn nannte, in der Telefongasse des Hotels „Ciprianade“ angesprochen und kennengelernt hatte. Seinem weltmännischen Auftreten und seiner Ueberredungskunst gelang es, die Frau darauf zu beeinflussen, daß sie zu ihm hinzo und mehrere Monate mit ihm zusammenlebte. Die Beziehungen entsprohen ein Kind. Vor wenigen Tagen verlor Frau van Brink, die inzwischen von ihm weggegangen war, durch den Gerichtsbescheid das Kind holen zu lassen. Der Gerichtsvollzieher traf aber eine leere Wohnung an und erfuhr, daß das Kind nach London entführt worden sei. Anlässlich dieser Kindesentführung wandte sich Frau van Brink an ihre Freundin, die bekannte Schriftstellerin Karin Michaele, die aus Tämermarkt sofort zu ihrer Unterstützung herbeieilte und durch Rücksprache bei dem Polizeipräsidenten und dem Oberstaatsanwalt auf die besondere Gefährlichkeit des internationalen Schmugglers hinwies. Die Folge war vor wenigen Tagen seine Verhaftung. Bei den Betrugsfällen, die dem Angeklagten vorgeworfen werden, handelt es sich stets um Ausländer, u. a. um Indier, Perwerger, Russen und Holländer, denen Kagenellenbogen vorgegaukelt hatte, er könne ihr Vermögen in Deutschland besonders gut und nutzbringend anlegen. Die Leichtgläubigen, unter denen sich auch viele Frauen befanden, die angeblich seinem hypnotischen Einfluß nicht standhalten konnten, hatten ihm ungeheure Summen anvertraut. So war der dänische Großkaufmann König mit einem Vermögen von 3 Millionen in seine Reize gegangen, und der Angeklagte hatte ihm lediglich Autos, Schmuckgegenstände, wertvolle Pelze und Baluten abgetrotzt. Zum Schluß, als ob er tatsächlich mit dem Gelde Geschäfte machte, gründete er eine Anzahl von Gesellschaften. Bei der letzten Verhandlung bestritt Kagenellenbogen in herausforderndem Ton, wegen dessen er verschiedentlich vom Vorsitzenden zurückgewiesen worden mußte, die ihm zur Last gelegten Straftaten. Gegenüber dem eigentlichen Zeugnis der Geschädigten konnte er sich aber nicht rechtfertigen. Die Kronzeugin der Verhandlung, Frau van Brink, die durch den vollständigen Vermögensverlust und die kümmerlichen Mißhandlungen des Angeklagten nach heute körperlich und seelisch zusammengebrochen ist, enthält das ganze Schamlose Treiben dieses Mannes.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 16. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).
6.40—7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule: Literatur und Kunst.
8.40 Uhr abends: (Abt. Bildungskurse) Prof. Colson: „Französische Literaturgeschichte (in französischer Sprache)“. 7.10 Uhr abends: Dr. James Simon: „Die Sonate“. 8 Uhr abends: Theaterfunk (Herr Theodor Kappstein). 7.30 Uhr abends: Vortrag Dr. Ernst Rothe: „Das Giftschrankchen“. Was soll eine Hausapotheke enthalten? 8.30 Uhr abends: Moderner Orchesterabend. Dirigent: Otto Ursak. 1. Vorspiel zu der Oper „Die Abreise“, E. Alibert. 2. a) Blütenwunder, Hans Pfitzner. b) Tranermarsch, Hans Pfitzner (aus dem Musikdrama „Die Rose vom Liebesgarten“). 3. a) Symphonietta, Paul Graener. b) Musik am Abend, Paul Graener. 4. Fantasia aus der Oper „Ariadne auf Naxos“, Richard Strauss. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Urkundenfälschung in zwei Fällen zu einem Monat und einer Woche Gefängnis, wegen Körperverletzung zu 600 Mark Geldstrafe, wegen Betruges wurde er zum Teil freigesprochen. Die Strafen wurden auf die erlittene Unterbringungshaft in voller Höhe angerechnet und der Angeklagte aus der Unterbringungshaft entlassen.

„Praktische Politik“.

Kommunisten gegen erhöhte Erwerbslosenunterstützung.

Wie vernagelt die Kommunisten sind, wenn es gilt, den Arbeitern praktisch zu helfen, geht aus dem Verlauf der letzten Bezirkssammlung Wedding hervor. Um für sich Resonanz zu machen, hatte die kommunistische Fraktion einen alten Vadenhüter hervorgeholt, um ihn als Antrag einzurichten. Es handelt sich um die nach einer alten Schablone gestellten Anträge für Erwerbslose, in denen das unmöglichste gefordert wird. Von sozialdemokratischer Seite legte Genosse Urig dar, daß die Antragsteller sich an eine falsche Adresse gemeldet hätten, daß das Bezirksamt für alle die die gleichen Wünsche gar nicht zuständig sei, und soweit es sich um Ausführung bestimmter gesetzlicher Vorschriften handelte, siehe fest, daß diese in lokaler Form unter Vermeidung von Härten erfolge. Notwendig sei aber eine Erhöhung der gänzlich unzulänglichen Erwerbslosensätze. Die Berliner Deputierten für die Arbeitssämter würden nach dieser Richtung hin dauernd gedrängt. Aus diesen Gründen beantragte die sozialdemokratische Fraktion wegen Unzuständigkeit des Bezirksamtes über die ABD-Anträge zur Tagesordnung überzugehen, aber das Bezirksamt zu ersuchen, mit unermindelter Energie fortzufahren, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung herbeizuführen, die die Veranlassung für dringend erforderlich halte. Bei der Abstimmung zeigte sich der ganze Unlapp der kommunistischen Agitationspolitik. Der Vorsitz ließ getrennt abstimmen. Daß die Kommunisten gegen den Ab-satz stimmten, über ihre Anträge zur Tagesordnung überzugehen, war selbstverständlich, aber sie stimmten auch mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes gegen den zweiten Absatz, der eine Erhöhung der Sätze für Erwerbslose für dringend erforderlich hält. Diese Stellungnahme richtet sich also glatt gegen das Interesse der Erwerbslosen, ist dafür aber echt kommunistisch.

Die Eideshilfe G. m. b. H.

Nach endloser Beweisaufnahme erfolgten am gestrigen Nachmittag in dem gegen eine Anzahl von Frauen angehängten Meineidsprozeß, über dessen Verlauf mehrfach im „Vorwärts“ berichtet wurde, die ärztlichen Gutachten der Sachverständigen über den Geisteszustand der Angeklagten Anna v. Kulas. San.-Rat Dr. Edel, in dessen Anstalt Frau v. Kulas sich gegenwärtig befindet, stellte sie unter § 51. Die übrigen Ärzte, San.-Rat Dr. Pappmann, Oberarzt Dr. Bauerhump, Oberarzt Böß und Dr. Thiels von der Charité hielten sie zwar für eine schwere Psychopathin und als höchst minderwertig, aber für ihre Handlungen voll verantwortlich. Staatsanwaltschaftsrat Pattegan bezeichnete die Angeklagte v. Kulas als eine Persönlichkeit von einer verbrecherischen Energie und Vielseitigkeit, wie sie in der Kriminalgeschichte selten vorkommt. Von einer solchen Verbrecherin ersten Ranges müßte die Menschheit möglichst lange befreit werden. Die Angeklagte habe das Intrigenpiel zu ihrem Beruf gemacht und es habe selten jemand so viel Beunruhigung in das Leben seiner Umgebung gebracht. Bei dieser verbrecherischen Natur fand man eine besondere Betriebsamkeit, in dem Schmutz der Eheverletzungsprozesse zu wühlen. Sie ist von einer Anstiftung zum Meineid und von einer eidesstattlichen Versicherung zur anderen gefahren. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frau v. Kulas eine Gesamtstrafe von vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, gegen den Angeklagten v. Webershadt zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust sowie sofortige Verhaftung, gegen die Angeklagte Wolff ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen Frau Präsent ein Jahr Gefängnis, und gegen die Angeklagte v. Graach acht Monate Gefängnis, stellte bei der letzteren aber Bewährungsstrafe anheim. Das Gericht beschloß den Haftbefehl gegen den Angeklagten v. Webershadt und vertagte die weitere Verhandlung auf Mittwoch.

Ermissionen.

Rechtsanwalt Brumbach, Stadtrat z. D., sendet uns folgende Zeilen: „An Nr. 583 des „Vorwärts“ vom 11. d. M. (1. Beilage) unterteilt mir Landgerichtsrat Ruben, ich hätte in einem Artikel der Nr. 574 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von einem von der SPD. bestürmten Richter sich gesprochen und von ihm ausgeht, er habe nach einseitiger Ansicht der Wissenschaft den Richter erwidert gefördert. Was Herr Ruben doch kaum übersehen haben kann, ist, daß ich die bezeichnete verderbliche Wirkung nicht auf den Richter bezogen habe, also auf die soziale Zweckmäßigkeit, die Richter überhaupt zu schützen, sondern auf eine ganz bestimmte Art der Richtersuchregelung, nämlich auf das am 1. Oktober 1923 in Kraft getretene Richtersuchgesetz. Von diesem hat Herr Ruben selbst in Nr. 513 Ihres Blattes betrauten, daß es allein der Berliner Richterschaft 700 Mietaufhebungsfragen im Monat beider habe, während nach Ihrem Bericht in Nr. 580 d. J. auf Reußlän allein im Durchschnitt der Gültigkeitsdauer des Gesetzes fünf Aufhebungs- und Räumungsfragen pro Tag entfallen. Der Reußländer Wohnungsamt-Bericht steht also in seinem Widerspruch zu meiner Darlegung, sondern bestätigt sie.“

Dazu kommt uns Gen. Ruben: „Wenn Herr Brumbach jetzt seine Worte im Aufsatze „Aufwärts mit wem?“ dahin interpretieren will, daß das Richtersuchgesetz die Prozesse auf Aufhebung des Richtersuchgesetzes herbeiführt, so ist dies etwa so, als wenn man behaupten wollte, die Diebstähle seien durch das Strafgesetzbuch herbeigeführt. Denn es ist richtig, daß jede Aufhebungsfrage sich auf

Döhl's
im Geschäftsbereich der Annoncen
sind die neuen

Salem Aleikum
und **Salem Gold**
Zigaretten
in neuen vollen Formaten

Ein Versuch
wird Sie
überzeugen

Rot 4 Pfg., grün 5 Pfg., Salem Cavalier 6 Pfg.
Cabinet 8 Pfg., Exquisit 10 Pfg. d. Stück

Nur echt mit
Firma:

Orientalische Tabak- und
Zigarettenfabrik „Yenidze“
Jnh. Hugo Zietz, Dresden

Für den Weihnachtstisch

beste Fabrikate, größte Auswahl.

Herren-Anzugstoffe
reine Wolle Meter 10,-, 8,-, 6,-
Uster-Paletstoffe
prima Qualitäten Meter 20,-, 15,-, 10,-
Velours de laine
für Kostüme und Mäntel Meter 12,-, 10,-, 8,-
Gabardine, Rips
130 cm breit Meter 10,-, 8,-, 6,-

Koch & Seeland
Gertrandenstraße 20/21 gegenüber der
Poststraße.

Gesamte Glockenzeit 8 1/2 Uhr über die „Relativitätstheorie“ in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8. — Gruppe Riederer-Veranstaltung. 8 Uhr Jugendklub Berlin, Str. 31, Mitglieder-Versammlung. — Gruppe Riederer, Teilnahme an der Gesamtsitzung der Jungsozialisten in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8, Anfang 8 1/2 Uhr.

Morgen, Mittwoch, den 17. Dezember:

- 12. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Schule Alt-Moabit 23 (Reichenowstr.), Tagesordnung: „Gruppierung der Partei im Reichstag“.
- 18. 7 1/2 Uhr Schule Berlin, 17 Mitglieder-Versammlung. Thema: „Ausführung der Wahlen.“ Referent: Gen. Rüstler, M. d. R.
- 22. 8 Uhr Schillerklub: Schola, Neumannstr. 1, Hohenz. Str. 43, Genial, Sprecher Str. 10.
- 23. 8 1/2 Uhr Funktionärstag 8 Uhr bei Seid, Bennecke & Sämtliche Funktionäre und Betriebsratsmitglieder müssen erscheinen. Vorher wichtige Vorbereitungen um 1 1/2 Uhr im Sammelklub. Verkäufer laden ein.
- 24. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Reumann, Samariterstr. 12. Thema: „Was brauchen die Arbeiter der Republik und der Partei.“ — Die Parteiführer laden ein.
- 41. 8 Uhr Schillerklub: Simon, Belle-Alliance-Str. 30, Schüler, Gornitzsch 4, Ecke Bernauerstr. 88, Rinde, Gornitzsch 4.
- 42. 7 1/2 Uhr bei Seid, Richterstr. 29, Mitglieder-Versammlung.
- 44. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße. „Stellung der Partei zum neuen Reichstag.“ Referent: Glotzer, Reichenberger Straße.

- Charlottenburg, 51. 7 1/2 Uhr Schillerklub: 1. Gruppe bei Schillerklub, Reichenow-Str. 6. — Die Genossen der 2. und 3. Gruppe sind als Gäste willkommen. — 54. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal „Zum Birnbaum“ Golzowstr. 13. Vortrag des Genossen Seeger: „Die letzten Wahlen.“ — 55. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21. Vortrag des Genossen Bitter: „Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten?“ — 56. 7 1/2 Uhr Sitzungsausschuss, 4. von 4 1/2, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Seeger: „Die politische Lage nach den Wahlen.“
- 81. 7 1/2 Uhr Reichenow. Sozialistisches Seminar, 8 Uhr Vortrag des Genossen Fern: „Die Arbeiterpartei — ihr Zweck und ihr Ziel.“
- 88. 7 1/2 Uhr Reichenow. 7 1/2 Uhr Schillerklub: 8, 9, 10. Bezirk bei Finkeisen. Reichenow, 6: 1., 2. und 7. Bezirk bei Aepfel, Richterstr. 7; 3., 4., 5., 6. Bezirk bei Reichenow, Chausseestr. 19.
- Reichenow, 92. 7 1/2 Uhr Funktionärstag bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 123. Tagesordnung: „Das Ergebnis der Wahlen und unsere weitere Arbeit.“ 2. Verschiedenes und freie Aussprache. 3. „Was brauchen die Gruppenführer, müssen erscheinen.“ — 93. 7 1/2 Uhr Funktionärstag bei Gorkmann, Steinmeierstr. 78. Abrechnung.
- 102. 7 1/2 Uhr Baumhüttenweg, 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Borgmann, Baumhüttenweg, Ecke Riechstraße.
- Reichenow, 116. 7 1/2 Uhr im Gesangschor der Knabenmittelschule Markstraße 12/13 Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Hagen. — 118. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Tempel, Gubenstr. 7. Vortrag des Genossen Landt: „Was erwarten wir vom neuen Reichstag?“

126. 7 1/2 Uhr Reichenow. 7 1/2 Uhr bei Seid, Bennecke & Sämtliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: „Die politische Lage nach der Wahl.“ Referent: Gen. Kempert.

131. 7 1/2 Uhr Reichenow. Der Schillerklub für Monat Dezember 1921 am 14. 7 1/2 Uhr im Lokal Schmidt, Lindenallee 43, Mitglieder-Versammlung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Genossenschaft von 150 000 Spindeln. Hunderttausende Mark werden von der Konkurrenz für Füllmasse ausgeben. Auch die Firma H. A. Merckel & Co. hat einen namhaften Betrag ausgemessen, den sie jedoch in erster Linie für die Herstellung eines ebenso interessanten, wie lehrreichen Würfelspiels „Bandumännchen's Weltreise“ verwandt hat, um ihren Kindern damit eine Freude zu bereiten.

Es handelt sich um eine Serie von Spielen, die sich fast tausend ergötzen. Die Schiffs- und Abenteuer des Bandumännchens werden in aller Herren Länder auf den verschiedensten Tafeln bildlich dargestellt. Besonders gelangt Tafel I (A. Gruppe Berlin-Genossen) gratis durch die Kolonialwaren-Geschäfte beim Einkauf von „Bandu“ zur Verfügung.

Die neue, mit frischer Milch verarbeitete Margarine-Mark „Bandu“ (wie Bandulier) ist das Gegenstück einer langjährigen Fabrikationserfahrung. Es steht an Geschmack und Nährwert keiner Butter nach. Ein Verlust kann deshalb nur empfohlen werden.

Deutsche
Automobil-Ausstellung
10.—16. Dezember Berlin 10.—16. Dezember
Ausstellungshallen Kaiserdamm

Personenwagen, Aufwagen, Motorräder,
Karosserien, Ersatz-, Bestand- und Zubehörsätze,
Werkzeugmaschinen, Werkzeuge

Deutsche, kauft deutsche Fahrzeuge!

In der Morgenstunde

U'isterstoffe für Damen- u. Herrenkleidung	Mtr.	2.90	Herrensocken	Paar	0.20
Blusenblanette schöne Muster	Mtr.	0.70	Herrensocken bast	Paar	0.40
Hemdenblanette mit schönem Streifen	Mtr.	0.70	Damenstrümpfe mit Doppelohle und Hochleiste	Paar	0.43
Zephir für Overalls	Mtr.	0.70	Kinder-Strümpfe schwarz gute Qual.	Paar	0.40
Frauenhemden aus gestreiftem Flanel	Mtr.	2.70	Kunstseidene Schals	Paar	1.63
Frauenhemden mit langen Ärmeln	Mtr.	1.80	Herrn-Winterhandschuhe	Paar	0.70
Damenhemdhosen	Mtr.	1.90	Strickbinder in schönem Muster	Paar	0.30
Damen-Untertailien mit langen Ärmeln	Mtr.	1.80	Herrn-Mützen	Paar	1.30
Damen-Trikotuntertailien ohne Ärmel	Mtr.	0.70	Herrn Haar Velourhüte	Paar	7.50
Damen-Schlüpfer in schönem Farben	Mtr.	0.90	Gummiräder für Herren, irregulär	Paar	12.—
Damen-Schlüpfer schwere Qualität	Mtr.	1.80	Damenmäntel	Paar	14.—
Damentaschentücher	Mtr.	0.10	Manchester Anzüge Sportform mit Breechesdose	Paar	36.—
Herrentaschentücher	Mtr.	0.25	Herren-Hosen gestreift	Paar	4.50
Pulswärmer	Paar	0.20	Lammfellwesten für Herren, kl. Größ.	Paar	10.—
Hosenträger Oceanband mit Leder	Paar	0.50	Monteur-Jacken od. Hosen mit kleinem Mängel	Paar	1.75
Stehumlegekragen mit kleinem Fehlers	Paar	0.35	Knaben-Anzüge Joppenform, dunkel u. hellere Größe Gr. 1-3	Paar	6.75
Herrnoberhemden weiß mit witen Plüsch-Einsätzen	Paar	5.80	Strickkleidchen in vielen Farben	Paar	1.—
Oberhemden weiß Trikot, mit schönem Zephr-Einsätzen, Klippmanschetten und Kragen, Gr. 5	Paar	3.—	Knaben-Kniehosen a. halbr. Stoffe Größe 5-12 von	Paar	1.75
Herrn-Oberhemden mit 2 weichen Kragen Klippmanschetten moderne Muster	Paar	2.95	Sweater für Kinder, Größe 1	Paar	1.30
Männerhemden aus gestreiftem Flanel	Paar	2.70	Knaben-Leibchenhosen aus gutem Docimite	Paar	2.90
Herrnhemden weiß, mit eleganten modernen Einsätzen	Paar	2.30	Strickwesten für Herren- und Damen	Paar	4.75
Herrnhemden mit Doppelst. normaler Gr. Größ. 4	Paar	2.30	Strickwesten für Kinder Größe 60	Paar	4.50
Herrenhemden weiß, mit Doppelst. Gr. 4	Paar	2.50	Damen-Jäckchen schwarz, ohne Ärmel	Paar	3.25
Herren-Unterhosen normaler Gr. Größe 4	Paar	1.90	Barchentdecken 140/190	Paar	1.80
Herren-Unterhosen wolfigem Stoffe Qualität, Gr. 4	Paar	2.30			

Stoffe 140 cm. breit, für Damenkleidung und Herrenanzüge geeignet, Meter von **2.20** an gut erhaltenen Schablonen, ca. 1 m lang, für Maßarbeiten, Landwirte, Jäger, Wagen und Schlitten besonders geeignet **30.—** von

Mengenabgabe vorbehalten.

BAER SOHN & Co.
Berlin nur Chausseestr. 29-30

Neuheiten
die
Weihnachtswünsche
erfüllen!

Albert Rosenhain's
Weltportemonnaie
mit Sicherheitsabdruck D. R. G. M. für die neuen Goldnoten und Münzen eingeführt. Für Damen und Herren, echt Saffian
G.-M. **6.00**

Albert Rosenhain's neue
Opern-Tasche
Feines farbiges Glanzleder mit completer Einrichtung für Theater auch: wie gutem Opernglas, Fächer, Bonbonniere, Kamm, Mützenfach und großen Spiegel, komplett
G.-M. **28.50**

MAH-JONGG
Das neue chinesische Drahtenspiel. Von uns zuerst in Deutschland eingeführt. Eleganter Karton mit Schieberdeckel und 14 Hardholzsteinen mit farbigen Charakteren
G.-M. **9.50**

Anderer Spiele bis zu den feinsten chinesischen Luxusausführungen mit 18 kar. Goldschlössern
G.-M. **19.50, 35.00, 45.00** o.ä.v.

Albert Rosenhain's preiswertes u. doch gediegenes 14
HAUBEN-BÜGELEISEN
II. vermindert, 3 kg schwer für 110 und 220 Volt einschließl. Leitung
G.-M. **9.50**

Unsere neue Hauptpreisliste ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos zugewandt

Albert
Rosenhain
Das Haus für Geschenke
Leipziger Straße 72-74
Niederwallstraße 13-14

Das Weihnachtsauto fährt wochentags von 3-6 Uhr halbstündlich v. Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße kostenlos zu uns. Fahrtausweis für Mk. 1.— wird bei Kauf voll in Zahlung genommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendklub des Verbandshauses, Cinenstr. 63-65:
Branchenversammlung
der Werkzeugmacher, Schweißarbeiter sowie Schmiedearbeiter.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Pöhlliches Erscheinen bringend notwendig.

Achtung! Wagen- u. Karosseriefunktionäre Achtung!
Mittwoch, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cinenstr. 63-65:
Sitzung
Tagesordnung: 1. Die Arbeit der Arbeiter auf unsere Lohnforderungen. 2. Disziplin

Achtung! Werkzeugmacher Achtung!
Donnerstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Cinenstr. 63-65:
Branchenversammlung
der Werkzeugmacher, Schweißarbeiter und Färker.
Tagesordnung: 1. Branchenanliegenheiten. 2. Verschlebens.
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Spezialbetriebe besonders eingeladen.

Donnerstag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindefausthaus (Saal 1), Gagnetstr. 24-25:
Branchenversammlung
aller Metallarbeiter und Polierer Groß-Berlin.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommision. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschlebens.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Die ordentliche Vertrauensmännerkonferenz fällt in diesem Monat aus.

Achtung! Vertrauensleute Achtung!
Am Donnerstag, den 18. Dezember, finden die Branchen-Vertrauensmännerkonferenzen in den bekannten Lokalen statt. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Legitimationkarte.
Folgende Konferenzen fallen in diesem Monat aus:
- Branche der Eisen-, Revolverdreher sowie Randschleifer, Eisenformer,
- Hobler, Bohrer, Stöber, Fräser,
- Schwarzblechschleifer,
- Stromerzeugende Industrie,
- Bildler. Die Ortsverwaltung.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Zum Weihnachtsfeste

- empfehlen wir unsern Gasabnehmern den Kauf von
- Gas-Beleuchtungsgegenständen** (Ständerlampen, Tischlampen, Ampeln, Kronen)
 - Gas-Heißwasserapparaten** für Spültische und Waschtisletten,
 - Gas-Koch-, Brat- u. Badapparaten**
 - Gas-Platt- u. Bügelapparaten**
 - Gas-Heiz- und Badofen**
- sowie von **gewerblichen Gasapparaten aller Art**
auch gegen bequeme Ratenzahlungen.

Bei Bedarf bitten wir um den Besuch der nachstehend genannten **Verkaufsstellen:**

Berlin S 42, Gitschiner Straße 20 (Hauptverkaufsstelle).	Geöffnet von 7-4 Uhr.
Berlin S 19, Scharenstraße 11-13, nahe Gertraudenstr.	
Berlin W 30, Gleditschstraße 47, am Winterfeldplatz.	Geöffnet von 8 1/2-6 Uhr.
Berlin S 30, Schönberg, Klagenstraße 28, nahe Hauptstraße	
Berlin S 10, Gleditschstraße 121, nahe Kaiser-Allee.	Geöffnet von 7-4 Uhr.
Berlin S 10, Tempelhofer, Berliner Straße 60, nahe Dorfstraße.	
Berlin S 10, Wilmersdorf, Berliner Straße 36, nahe Hahndorf.	Geöffnet von 7-4 Uhr.
Berlin S 10, Zehlendorf, Rindfleischstraße 5.	

Vertriebsabteilung der Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft.
Berlin S 42, Gitschiner Straße 19, Fernruf: Dpl. 4860/67.



Statt teuren Kaffees
QUALITÄT
Polia
MISCHUNG

Mit 20% u. 40% u. 50% Bohnenkaffee

Ersetzt den teuersten Bohnenkaffee! Enthält viel Bohnenkaffee! - Schmeckt wie Bohnenkaffee! - Ist sehr billig und sparsam! - Leberall käuflich!

Kaffee Handels-Gesellschaft
Steinberg & Mertens
Berlin S.W. 47, Postfach Litov 9238

Deutsche Sozialdemokratie in Polen.

Nach der Zuteilung Pommerellens, Oberschlesiens und des Teschener Gebiets an Polen blieben in diesen Gebietsteilen Organisationen der SPD. und USP. zurück. Die Organisation in Bromberg wurde 1919 selbständig, ebenso die in Bieleh. Die Rattowitzer Organisation entstand ein Jahr später, nachdem Ost-Oberschlesien an Polen gefallen war. Bis Ende 1922 arbeiteten diese drei Organisationen getrennt. Der Umstand jedoch, daß die Mitgliederzahl und die Schlagkraft durch die Abtrennung geringer geworden war, veranlaßte die drei Parteiorganisationen zu einem Zusammenschluß. Sie wurden eine Partei, die sich den Namen „Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens“ gab.

Zu ihrem Hauptstich wählte die Partei Rattowitz. Die Partei besitzt drei Organe: den „Volkswillen“ in Rattowitz (täglich), die „Volkstimme“ in Bieleh (zweimal in der Woche) und die Wochenzeitung „Volkzeitung“ in Bromberg. Die DSP. hat in Warschauer Sejm den Abg. Artur Bontrah, Bromberg, im Schlesischen Sejm die Abgeordneten Johannes Komoll und Karl Buchwald. In den Selbstverwaltungen, die zum Teil noch in der Zeit vor der Zuteilung gewählt wurden, besitzt die DSP. starke Vertretungen.

Nach der Gründung der Deutschen Arbeitspartei Polens, die hauptsächlich in Kongreßpolen, besonders in Lodz, besteht, fanden zwischen ihr und der DSP. Beratungen über einen Zusammenschluß statt. Die Leitung der DSP. sah einen sofortigen vollständigen organisatorischen Zusammenschluß als mit zu großen Schwierigkeiten verbunden an. Dagegen erklärte sich ihr Parteitag dafür, mit der DSP. eine gemeinsame Exekutive zu schaffen unter Wahrung der organisatorischen Autonomie. Gegenwärtig sind die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien wieder aufgenommen worden. Es ist zu erwarten, daß eine gründlichere Aussprache mit Berücksichtigung der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Kongreßpolen und den neupolnischen Gebieten diese Angelegenheit restlos klären dürfte.

Die DSP. durchlebte in den ersten Jahren eine ernste Krise. Die Schuld daran lag in der Verfolgung der Deutschen, die eine aufbauende Parteiarbeit unmöglich machte. Es mußten zahlreiche Ortsgruppen aufgelöst werden. Die Vorstände der Ortsgruppen wurden von den polnischen Behörden und der chauvinistischen Bevölkerung terrorisiert.

Nachdem sich die Wogen der nationalen Verheerung ein wenig gelegt hatten, konnte die Partei eine energiegeladere Tätigkeit aufnehmen und dem Parteitag mitteilen, daß der Aufstieg begonnen habe. Sie arbeitet in Rattowitz und in Bieleh in den Gewerkschaften in vielen Fragen mit der PPS. (polnische Sozialdemokratie) zusammen. Dieser ist es zu verdanken, daß die Einflüsse der Chauvinisten in diesen Gebieten immer geringer werden und die sozialistischen Parteien zusehends an Stärke zunehmen.

Auf dem Parteitag, der sechsin in Bieleh tagte, kam wiederholt der Wunsch zum Ausdruck, eine enge Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Parteien Polens herzustellen, um dem Chauvinismus und der Reaktion in Polen erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Der Parteitag.

Nach der Begrüßung der Gäste durch Abg. Komoll sprachen Abg. Bok (Subethendeutsche Sozialdemokratie): Unsere Schicksalsgemeinschaft ist unzerbrechlich. Dem Proletariat sind überall die gleichen Probleme gestellt. Nur durch eine Einheitsfront kann ein erfolgreicher Klassenkampf geführt werden.

Abg. Czajinski (PPS.): Die Struktur des polnischen Staates verlangt eine große und starke Armee. Das stärkt die Reaktion. Weiter ist auch der agrarische Charakter des Staates ein Nährboden für die Reaktion. Bei dieser Sachlage ist das erste Erfordernis der Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte. Auch mit Rücksicht auf die nationalen Minderheiten ist der Zusammenschluß des gesamten Proletariats erforderlich. Die polnische Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Minderheitenfrage im Osten im Sinne der territorialen Autonomie gelöst werden muß.

Abg. Keger (PPS.): Wir wissen, daß das Wahrscheinliche droht, weil die Reaktion es abändern möchte. Für die Rechte der nationalen Minderheiten werden wir in der energiegeladesten Weise eintreten müssen. Das Recht des deutschen Arbeiters müssen wir auf der ganzen Linie zu schützen trachten. Ich hoffe, daß die Zukunft besser und nicht schlechter sein wird.

Dr. Drahner (Unabh. poln. Soj.): Unsere Partei sollte auf dem Parteitage durch Dr. Krul vertreten werden. Dr. Krul wurde jedoch in Lodz verhaftet, um im Gefängnis über die Freiheit in Polen nachdenken zu können. Mehr denn je sei die allgemeine Solidarität aller sozialistischen Parteien erforderlich.

Abg. E. Zerbe (DSP.): Im Auftrage der Deutschen Arbeitspartei habe ich die herzlichsten Grüße zu überbringen. Die Lage bringt es mit sich, daß der sozialistische Kampf nicht in der Weise geführt werden könne wie vielfach in Deutschland und anderen Ländern. Auch im Lodzger Bezirk könnten wir mehrfach mit der polnischen Sozialdemokratie zusammen arbeiten. Ich kann die große Kunde überbringen, daß der Streit in der Textilindustrie einen solchen Umfang angenommen hat, wie wir ihn seit 1905 noch nicht gehabt haben. Der Erfolg der gemeinsamen Arbeit zeigt sich bei dem Streit. Wir müssen die Einheitsfront schaffen, auch wenn diese oder jene Partei Zugeständnisse machen muß. Allerdings liegen bei uns in Lodz besondere lokale Verhältnisse vor. Ich werde immer meinen ganzen Einfluß für eine gemeinsame Arbeit einsetzen.

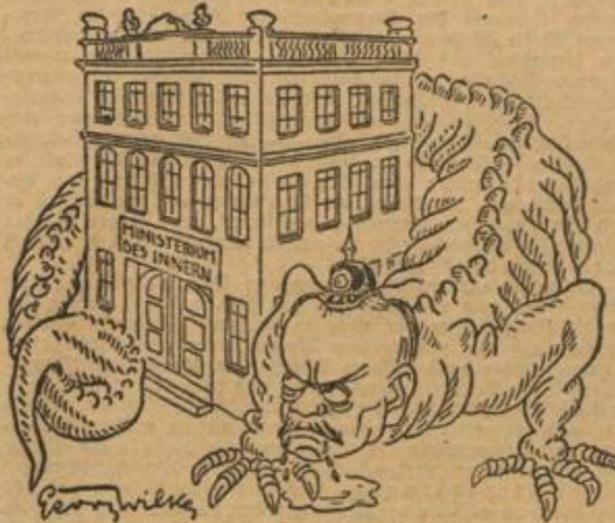
Stadtverordneter Ehrlich-Warschau (Rad. soj. Bund): Als Partei müssen wir in dem zaristischen Rußland unter den furchtbaren Bedingungen arbeiten. Wir haben einen Weg voller Leiden und voller Opfer hinter uns. Leider müssen wir sagen, daß wir auch heute noch politisch leiden müssen. Den Kampf um das Recht der Arbeit können wir, dank der antilemischen Stimmung, die im Lande vorhanden ist, werden auch heute noch

jüdische Arbeiter in Staatsbetrieben nicht angenommen. Ja, es kommt noch vor, daß jüdische Arbeiter auch in Privatbetrieben nicht zugelassen werden. Wir haben schließlich auch nicht

nur gegen die Reaktion, sondern auch noch gegen den jüdischen Merkantilismus zu kämpfen. In einem Drie hinter Warschau ist es vorgekommen, daß die jüdische Arbeiterbibliothek geraubt und noch der Synagoge geschleppt wurde, wo man sie dann in mittelalterlicher Weise verbrannte. (Platz) Auch wir stehen auf dem Standpunkt, trotz der eigenartigen Verhältnisse bei uns, daß die Einheitsfront des Proletariats erforderlich ist. Das Ideal ist ein Proletariat, das alle nationalen Richtungen umfaßt. Ich verkenne auch nicht die Schwierigkeiten, die auf diesem Wege zu überwinden sind. Ich weiß jedoch, daß eine Zeit kommen wird, die alle nationalen Tendenzen brechen wird.

Den Tätigkeitsbericht der Partei erstattete Abg. Komoll. Ueber die politische Lage, die Taktik der Partei sowie über die Minderheitenfrage sprach Dr. Glücksman. In der Diskussion über diese Fragen wurden von verschiedenen Seiten Vorwürfe gegen die DSP. laut, so daß sich Abg. Czajinski veranlaßt sah, diese richtigzustellen und zurückzuweisen. Redakteur Ehrlich sprach über den

Um Severings Nachfolge.



Was trauert da um das Haus herum?
Der alte Drache, böds und trumm,
Was hat der runjukttrauchen dort?
Auf Kameraden, jagt ihn fort!

feinerzeit zwischen der PPS., der DSP., der DSP. und dem „Bund“ abgeschlossenen Vertrag, der die gemeinsame Bekämpfung des Chauvinismus und Antilemismus vorsieht. Von der PPS. ist nichts getan worden, um den Vertrag zu erfüllen. Der Vertrag sei ein feines Papier geworden und müsse deshalb getilgt werden.

Abg. Zerbe unterstrich die Ausführungen des Vordröners. Die weiteren Referate betrafen die Frauenbewegung, Jugendbewegung, „Kinderfreund“bewegung, die Abstinentenfrage und die Esperantofrage.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung fordert der Parteitag unter Ablehnung jeder Irredentia und unter schärfstem Protest gegen die Entredung der nationalen Minderheiten die national-kulturelle Autonomie, die den Deutschen im Rahmen der Verfassung die Selbstverwaltung der Schul- und Kulturangelegenheiten gewährleisten würde.

Zum Schluß wurde der Parteivorstand in folgender Besetzung gewählt: Komoll-Kattowitz; Dr. Glücksman-Bieleh; Buchwald-Königsbrunn; Cepernit-Rattowitz; Lukas-Bieleh; Homa-Bieleh; Ossadnik-Lourahütte.

Der Parteitag hat bei allen Teilnehmern den besten Eindruck hinterlassen. Er dürfte dazu beitragen, die DSP. zu stärken und zu festigen.

Wirtschaft

Von unsichtbaren Goldbilanzen.

Wenn man sagt, die Goldöffnungsbilanzen der deutschen Privatwirtschaft werden, sobald man die ersten Schlußbilanzen der nächsten Jahre hinzunimmt, ein Bild von dem Stand der deutschen Wirtschaft geben, so ist das doch nicht ganz richtig. Denn erstens gehören zur deutschen Wirtschaft außer den Unternehmungen der Privatwirtschaft auch die öffentlichen Unternehmungen, d. h. die staatlichen und kommunalen Erwerbsbetriebe, in denen Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind. Diese öffentlichen Unternehmungen sind, soweit sie nicht Aktiengesellschaften sind, weder von der Goldbilanzierungsverordnung gehalten, Goldbilanzen zu erstellen, noch verpflichtet, Goldbilanzen zu veröffentlichen. Dennoch sind sie ein sehr wesentlicher Teil der deutschen Gesamtwirtschaft, und jedes Bild, das man sich vom Stande der deutschen Wirtschaft nach den Goldöffnungsbilanzen der Privatwirtschaft allein macht, ist notwendig falsch. Zweitens sind auch bei weitem nicht alle Unternehmungen der deutschen Privatwirtschaft ausdrücklich vom Gesetzgeber verpflichtet worden, Goldbilanzen aufzustellen und noch sehr viel weniger Unternehmungen sind gehalten, sie auch zu veröffentlichen. Kein selbständiger Kaufmann, d. h. nur die Kapitalgesellschaften sind ausdrücklich verpflichtet, eine Goldinventur und eine Goldöffnungsbilanz zu erstellen und zu veröffentlichen, und von den Kapitalgesellschaften sind alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung von der Veröffentlichung befreit. Das gilt auch für das gesamte selbständige Handwerk und für die gesamte, nicht in Kapitalgesellschaften organisierte Landwirtschaft.

Der Gesetzgeber hat sicher nicht richtig gehandelt, wenn er nicht die Gesamtheit aller in Deutschland zur kaufmännischen

Sorgfalt Verpflichteten, einschließlich der öffentlichen Unternehmungen zur Aufstellung eines Goldinventars und einer Goldöffnungsbilanz erhebt. Wenn er auch (abgesehen von den Kommunal- und Staatsunternehmungen die Veröffentlichung dieser Bilanzen nicht hätte anzuordnen brauchen, so hätte doch die Einlieferung der Goldbilanzen der selbständigen Kaufmannschaft und der Landwirtschaft beim Handelsregister etwa und eventuell beim Grundbuchamt eine gewaltige Bedeutung für die Durchsichtigmachung der deutschen Volkswirtschaft gehabt, die ja das volkswirtschaftliche Hauptziel der Goldbilanzverordnung war.

Heute würden die Autoren des Privatinteresses und des Herrim-Haus-Standpunktes vielleicht Jeter und Mordio schreien über einen derartigen Eingriff des Staates in die „freie Unternehmerrwirtschaft“. Aber man darf sich doch darüber nicht täuschen, daß es in der ganzen neueren Wirtschaftsgeschichte niemals einen so ungläublichen Eingriff in die freie Unternehmerrwirtschaft gegeben hat, wie ihn die Goldbilanzverordnung darstellt. Auf einen Schlag hat hier der Staat von oben die Sanierung des größten Teils der deutschen Aktiengesellschaften angeordnet — das steht doch, privatwirtschaftlich gesehen, hinter der Goldumstellung des Unternehmungskapitals und hinter der Erpropriation unzähliger Aktionäre, die in Deutschland durchgeführt worden ist. Die ungeheure Besizerförderung, die der Krieg und die Inflation für die Arbeits- und Kleinrentnermassen gebracht hat, wird ja durch die Goldbilanzverordnung zugunsten der Substanzreichen und Kapitalstärksten Unternehmer bei den Aktionären der schwächeren und besonders der neugegründeten Unternehmungen nur sorgfältig und beschränkt nicht aus der Freiheit der Unternehmung heraus, sondern durch den bürgerlichen Staat und durch eine bürgerliche Regierung selbst. Kein Sozialist hat jemals bei der Erwägung von Sozialisierungsplänen eine so gewaltige Besizerförderung der Kapitalisten im Auge gehabt, wie sie die Goldbilanzierungsverordnung unzähligen Aktionären auferlegt hat. Nur daß das Votum der Unternehmer nach dem vollständigen Währungs- und Wirtschaftszusammenbruch im Herbst 1923 eben vollständig zu Ende und ihr Unternehmerrverstand restlos bankrott war, hat die deutsche Privatwirtschaft diesen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit nicht nur hinnehmen, sondern sogar begrüßen lassen. Wenn nun schon das innen- und außenpolitische, besonders das Reparationsinteresse Deutschlands damals die absolute Durchsichtigmachung des verarmtesten Standes der deutschen Wirtschaft erforderte, so wäre es die Pflicht des Staates gewesen, ganze, nicht halbe Arbeit zu machen und wirkliche volle Klarheit und Wahrheit in Rechnung und Bilanz der deutschen Volkswirtschaft zu bringen.

Man stelle sich nur vor, welche außerordentliche Gewinn es gewesen wäre, wenn nicht nur der kleine Querschnitt der Aktiengesellschaften, sondern die gesamte deutsche Produktions- und Verkehrswirtschaft plötzlich in das helle Licht einer nationalen Gesamtwirtschafts-Goldbilanz gestellt worden wäre. Wie haben wollen wir dabei von dem Gewinn der Volkswirtschaftswissenschaft, die zum erstenmale unabhängig geworden wäre von den rohen Schätzmethoden, die sie zur Feststellung des Nationalkapitals und des Volkseinkommens heute selber noch immer anwenden muß und die sie hauptsächlich zu jener für die praktische Politik unbrauchbaren Rechenwissenschaft macht, als die wir sie bis heute kennen. Wir wollen auch davon absehen, daß, bei laufender Ergänzung dieser Eröffnungsbilanzen durch Schlußbilanzen und eventueller Vervollständigung der Bilanzen durch Produktions- und Umsatzpläne zum erstmaligen Gegebenen gegeben gewesen wäre, eine umfassende offizielle Produktions- und Umsatzstatistik in Deutschland zu begründen, nach der in hochkapitalistischen Verhältnissen die Politik der Interessentenorganisationen geradezu schreibt. Die weitere Folge wäre gewesen, daß die heute für den Wiederaufbau Deutschlands so wichtig gewordenen staatliche Wirtschafts-, Handels- und Steuerpolitik endlich auf Tatsachengrundlagen gestellt worden wäre, statt auf Vermutung und Schätzung wie bisher. Die Ausbeute, die sich hier schon ergeben, sind geradezu überwältigend für jeden, der die künftige Rolle der Wirtschaftswissenschaftler und der offiziellen Staatspolitik im sozialen und wirtschaftlichen Leben und Sterben der kapitalistischen Völker bis heute miterleben mußte.

Aber viel wichtigeren, unmittelbar gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Interessen hätte durch eine gesamtwirtschaftliche Goldöffnungsbilanz gedient werden können.

Es ist eine feststehende Tatsache, daß Deutschland ohne langfristige auswärtige Kredite keinen volkswirtschaftlichen Wiederaufbau nicht durchführen kann. Ebenso ist es Tatsache, daß die Kredite an die deutsche Privatwirtschaft, die sie noch nötiger hat als der Staat und die Kommunen, äußerst spärlich fließen, weil das Mißtrauen der Kapitalisten im Ausland kaum zu bellegen ist. (Ganz abgesehen von der Notwendigkeit der Befestigung der Stimmrechtsaktien und der Beschränkungen des Grunderwerbs von Ausländern in Deutschland.) Nun nehme man an, klare, wahre, genügend spezialisierte und reichlich erläuterte Goldöffnungsbilanzen sämtlicher Unternehmungen der deutschen Privatwirtschaft lägen vor. Die zweifelloste Kreditwürdigkeit unter den Unternehmungen würden nach Industriezweigen unter Anlehnung an die Industriezweigsverbände treuhänderisch in einer Kapitalbeschaffungsgesellschaft zusammengefaßt, und diese Kreditbeschaffungsgesellschaften träten an die ausländischen Konfianten heran mit ihren zuverlässigen, eine rentable Verwertung ausländischer Kredite gewährende Eröffnungsbilanzen. Es ist kein Zweifel, daß die Kreditbeschaffungsfrage für die Privatwirtschaft unvergleichlich viel klarer und schneller auf diesem Wege zu lösen wäre als auf jenem, der zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft und besonders auch der deutschen Arbeiterschaft heute beschritten wird, wo jeder einzelne Unternehmer kein Glück im Ausland suchen muß.

Es steht weiter fest, daß auch die deutsche Landwirtschaft, soll sie leisten, was sie leisten könnte, enorme Kapitalkredite braucht. Und zwar nicht kurze, sogenannte Betriebskredite, sondern Ameliorationskredite, d. h. lange Kredite. Die volkswirtschaftlich so fürchterliche Sache mit der Hypothekentwertung, das wird immer deutlicher, kann ja auf Dauer keine wirkliche Bereicherung der Landwirtschaft bleiben, und wenn schon der Staat und die Regierungen bei der Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen Interessen während der Inflation verlagert haben, die ökonomischen Gesetze werden nicht versagen und eine unvermeidliche starke Kapitalbesetzung der deutschen Landwirtschaft erzwingen. Das führt die Landwirtschaft auch selbst. Das deprimierende Entzweieln mit der Rentenbontrachfolgerin, der neuen Agrarkreditbank des Bundes, wo erstens Staatsgelder, also Volksgeld, zweitens Schulden der Landwirtschaft zu Krediten an die Land-

Advertisement for Fritzi Massary cigarettes. The text reads: 'die unvergleichliche 3 & Zigarette spendet wahre Freude Edler der Kern, golden die Hülle: Jeder bewundert sie!' The advertisement features a decorative border and a central illustration of a woman's face.

